

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1238.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altkönig

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18.000.— M., durch die Post bezogen monatlich 19.000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 500.— M., Einzelnummer 700.— M., Sonnabendnummer 1000.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gepaaltene Nonpareilzeile 1500.— M., auswärtig 1800.— M., die 8gepaaltene Reklamazeile 7000.— M., auswärts 8000.— M., Ausland 6000 u. 20000 M. Bei mehrmalig. Auflage Ermäßigung. Familienangeh., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferbez. 500 M.

Nr. 157

Dresden, Montag den 9. Juli 1923

34. Jahrg.

## Der Berliner Metallarbeiterstreik

In allen Ecken Deutschlands richtet sich das allgemeine Interesse auf den Niesenkampf der Berliner Metallarbeiter. Die Bewegung ist rein wirtschaftlicher Art und dennoch unterwirft sie sich wesentlich von den bisher geübten Streiks. Warum? Der Einbruch des französischen Militärs ins Ruhrgebiet mit dem Endziel, durch Abschmürrung und Verminderung den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen, die Untätigkeit des Kabinetts Cuno, das so ziemlich eine Unterlassungsünde nach der andern begeht und mit seiner Politik einzig darauf bedacht ist, das Unternehmertum vor Schaden zu bewahren, während die Arbeiterklasse von Woche zu Woche, von Tag zu Tag in ihrem Lebensunterhalt immer mehr herabgedrückt wird, das Mittelmaß der Reichsregierung, die Inflation, forciert Druck von Papiergeld, müssen eine allgemeine Krise zur Folge haben, die für Industrie und Handel zwar reichen Dividenden, für die Arbeiterklasse aber unfortschreitende Not und Elend bedeutet.

Da ist es klar, daß wirtschaftliche Erschütterungen solcher Art zu sozialen Unruhen führen müssen. Im ganzen Reich zeigen sich die Zukunfts, allerorts brechen Teufelskreise aus. Die Arbeiterklasse strebt danach, endlich eine Lohnbasis zu schaffen, die sie bei fortschreitender Geldentwertung vor einem weiteren Sinken des Reallohnes schützt. Die Gewerkschaften sind seit Wochen bemüht, durch Verhandlungen mit dem Unternehmertum und der Reichsregierung, eine Grundlage zu schaffen, die einer weiteren Verschlechterung der Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse vorbeugt. Bisher sind alle Versuche an der Engstirnigkeit des Unternehmertums gescheitert.

Wenn auch nicht gelehnet werden soll, daß einzelne starke Organisationen mit dem bisherigen System der Lohnpolitik, das lediglich auf eine Erhöhung der Papiermarktlöhne hingielte, Erfolge gehabt haben, so bedeutet eine solche Steigerung insgesamt doch keineswegs einen Schutz gegen die Teuerung. Die Preise eilen den Löhnen immer wieder voraus. Die Folge davon war eine Entwertung der Verhältnisse ins Katastrophale, nachdem der plötzliche Sturz der Mark seit Ende April dieses Jahres sich immer mehr bemerkbar und jede Hoffnung auf eine dauernde Stabilisierung unserer Währung durch das Versagen der Stützungsaktion gescheitert war. Angesichts dessen die Gefahr einer neuen Senkung des Reallohnes in Kauf zu nehmen, sich wieder einmal mit einer „Erhöhung“ des Papiermarktlöhnes zu begnügen, die in Wirklichkeit eine neue Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse bedeutete, wäre von den Gewerkschaften unverantwortlich gewesen.

Als die Gewerkschaften nach langen Verhandlungen endlich eine klare Entscheidung forderten, mochten die Unternehmer Ausflüchte. Ein „wertbeibehaltender Lohn“, wie ihn die Arbeitgeber ausfüßten, wäre wohl zu erzielen gewesen auf Grund einer Gleitkala, die sich nach dem Goldmarkausgleich richtete. Die Auffassung der Gewerkschaften ging aber dahin, daß ein derartiger Gleitkahn in kritischen Zeiten zur schlimmsten Waffe im Kampfe des Unternehmertums gegen die Verfestigung der Arbeiterkraft werden konnte. Sie verlangten die Anpassung an die tatsächliche Teuerung, und diese nur der Willigkeit entsprechende Forderung war es, die die Unternehmer ablehnen zu müssen glaubten, auch um den Preis, daß der angekündigte Kampf ausbrach.

Dieser Tatbestand kennzeichnet auf das Klarste, wer die Schuld an dem Streik trägt. Eine überwältigende Mehrheit der abstimmen Arbeiter ergab sich für den Streik, obwohl gerade in dieser Zeit maß- und sinnvoller Teuerung, die durch den Widerstand der Unternehmer erzwungene Arbeitsruhe für jeden Arbeiterbrotkorb ein ungeheures Opfer bedeutet. Die Arbeiterklasse fühlt und weiß es, daß es jetzt um das Ganze geht. Der Lohnbetrug, der durch die fortgesetzte Entwertung der deutschen Währung herbeigeführt worden ist, muß aufhören, eine automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung hat zu erfolgen, sonst ist das Abgleiten des Arbeitslohnes nicht aufzuhalten. In der Tat haben einzelne Berufsstände bereits Anderlöhne erreicht, so in einem Gebiete der Bekleidungsindustrie und im Bankgewerbe. Es ist nicht einzusehen, warum bei allem Willen zur Verkündung nicht auch die Metallindustrie eine Lösung finden konnte. Sind doch schon heute für die Warenpreise in allen fortentwickelten Industrien Anderes maßgebend. Offenbar aber ist es den Unternehmern immer noch darum zu tun, den Lohnbetrug aufrechtzuerhalten. So hoffen sie die Kraft der Gewerkschaften zu zermürben und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse auf ein Maß herabzudrücken, das diese zu schließlicher politischer und gewerkschaftlicher Aktion unfähig macht.

Es geht aber nicht nur um eine neue Lohnform in dem Kampfe, zu dem sich jetzt die Berliner Metallarbeiter entschlossen haben. Die Kreise sind so hemmungslos den Löhnen entgegen, daß die deutsche Wirtschaft zum Erliegen kommen muß, sobald bei einer Stabilisierung der Mark oder aus anderen Gründen der Auslandsabzug der deutschen Industrie verloren geht. Die breiten Massen der Bevölkerung, die Lohn- und Gehaltsempfänger, haben infolge der katastrophalen Entwertung der Löhne und Preise für alle Waren der Industrie noch nicht einen wesentlichen Bruchteil derjenigen Kaufkraft mehr, die sie vor dem Kriege entfalteten.

Wenn aber heute schon vorauszufragen ist, daß in einem solchen Augenblick der überwiegende Teil der deutschen Industrie lahmgelegt ist, so ist es das Gebot der Stunde, diese breiten Massen kaufkräftig zu machen. Ein gewisser und nicht unerheblicher Absatz industrieller Produkte im Inland allein genügt der Industrie die Möglichkeit, ihre Werke derart zu beschäftigen, daß sie auch nach dem Fortfall des Baluta-Kumpings zu Breiten produzieren kann, die vom Ausland nicht unterboten werden. Die Industrie hat den Mut ab, auf dem sie steht, wenn sie um des Vorteils von Hochgewinnen in der Gegenwart aus Kosten der deutschen Verbraucher das Problem vergißt, wie für den notwendigen Inlandsabzug gesorgt werden kann.

Wenn die Arbeitgeber diese Frage aus dem Auge verlieren, so ist es Sache der Arbeiter, sie mit aller Entschiedenheit anzupacken. Denn die Arbeiter, die bis heute Objekte des Lohnbetruges sind, werden in Zukunft, wenn die Krise hereinbricht, auch die Objekte der Währungsflucht, die Arbeitslosen sein. Es geht um die neue Form der Wirtschaft, um die Befestigung der Ausbeutung der Besitzlosen durch die Sachwertbesitzer mit Hilfe der Geldentwertung. Diese Lasten überläßt dem Metallarbeiterstreik, der schon am ersten Tage mit voller Schärfe eingestakt hat, sein moralisches Gewicht weit über die Grenzen Berlins hinaus. Diese Lasten drängen auch dazu, den Streik mit aller Disziplin zu einem siegreichen Ziele zu führen und den kämpfenden Berliner Arbeitern nicht nur alle Sympathie anzubieten zu lassen, sondern dann, wenn der Ruf an die deutsche Arbeiterklasse ergeht, auch bereitwillig Opfer zu bringen. Denn ihr Kampf ist auch der untrübe, ihr Sieg ist unser Sieg!

### Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers werden heute Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks stattfinden. Es ist allgemein, in diesen Verhandlungen bereits eine für die Arbeiter annehmbare Einigungsgrundlage zu finden, erscheint vorläufig noch zweifelhaft. Nachdem die Metallarbeiter das Opfer einer Arbeitsentwertung auf sich genommen haben, werden sie kaum bereit sein, die Arbeit wieder anzunehmen, ohne auch für die Zukunft vor der Entwertung ihres Lohns geschützt zu sein. Die Eisenbahner und Gemeindevorsteher Berlin verlangen gemeinsam die Regelung der wertbeibehaltenden Löhne, über die in der nächsten Woche verhandelt werden soll. Der Streik der Bauarbeiter wird wahrscheinlich ebenfalls fortgeführt. Der Einigungsvorschlag des Demobilisationskommissars hat vor allem deshalb die Unzufriedenheit der Bauarbeiter hervorgerufen, weil er nicht die Klausel des wertbeibehaltenden Lohns empfiehlt.

### Die bayerischen Oberpatrioten

München, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Durch eblische Zeugenaussagen im Hochverratsprozeß Fuchs-Rachhaus wurde erhärtet, daß die Separationsbestrebungen Bayerns vom Reich bereits 1921 feste Gestalt angenommen haben; ferner wurde erbracht, daß schon damals bayerische Regierungskreise sowie Reichsbehörden von diesen Dingen Kenntnis bekommen hatten. Kurz vor dem Prozeß hat der Hauptzeuge Wapp in einem Briefe an den bayerischen Innenminister diese Zusammenhänge von neuem bloßgelegt, um wenigstens zusammen mit dem Prozeß eine reifliche Aufklärung zu veranlassen. Dieser Brief, der heute in der Münchner Post veröffentlicht wird, enthält von neuem schwere Anklagen gegen die Männer, die heute in vorderster Reihe sogenannte vaterländische Politik in Bayern machen. Es wird darauf hingewiesen, daß im Herbst 1921, kurz nach dem Abgange des ehemaligen Königs Ludwig III., von einem Kommandeur der 1. Division, der gegenwärtig der Besetzung der Monarchie wieder in den Sattel zu steigen. Diesem Kommandeur gehörten u. a. an: Dr. Wittmer, Oberlandesgerichtsrat Boehner, Regierungsrat Rahr, Reichsweggeneral Wöhl, Regierungsrat Boden. Die Pläne dieses Kommandeurs wurden dem Major Wapp bekannt, und er unterrichtete den damals in München weilenden Staatskommissar von Rürnberg-Gülich, den Oberregierungsrat Garsis, der spontan der Ansicht war, daß man diese Dinge ungekürzt der Reichsregierung mitteilen müsse. Wapp versuchte aber zuvor, noch durch persönliche Unterredung mit Boehner und Wöhl, beide von ihrer privaten Wechselpolitik abzubringen, jedoch ohne Erfolg. Die Unterrichtung der Reichsregierung erfolgte nun unter voller Initiative des Staatskommissars Garsis durch Mitteilung an einen Obersten im Reichswehrministerium, dem jetzigen General Herzog, und an Legationsrat Will. Diese Mitteilungen wurden auch in einem Exposé schriftlich niedergelegt und bilden heute eine bis ins einzelne gehende Beschreibung der seitigeren Entwicklung der Dinge in Bayern. Will setzte den Reichspräsidenten davon in Kenntnis, und dieser ließ den Major Wapp zu sich zum Vortrage bitten. Zwei Tage darauf besprach sich der Reichspräsident mit dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Graf Ledebauer, der diese Dinge ins Licht setzte und dem es offenbar gelang, ein Eingreifen der zuständigen Reichsbehörden in Bayern zu verhindern.

Die Mitteilungen in diesem Briefe sind auch um deswillen interessant, als Minister Schmeper bekanntlich gegen den Bürgermeister Dr. Luppe von Nürnberg ein großes Verbrechen und ein Disziplinarverfahren veranlaßt hat, weil dieser angeblich unter Umgehung seiner vorgesetzten Behörde (Ministerium des Innern) sich direkt an das Reich um Hilfe gegen Reichspolizisten gewandt hat, während Schmeper wegen desselben Verstoßes gegen einen seiner politischen Beamten, das ihm wohlbelannt war, nicht im geringsten vorgegangen ist.

### Verantwortungslos

Der Reichstag hat sich am Sonnabend vertagt, ohne der Öffentlichkeit auch nur einen Beweis dafür zu liefern, daß die Geschicke unres Volktes von Regierung und Parlament richtig verwaltet werden. Die sonderbare Jurisdiktion vor der Störung der angeblich eingeleiteten internationalen Besprechungen wurde zu dem Vorwand benutzt, der Verantwortlichkeit des Ruhrgebietes, die auf ein entschlossenes Wort aus Berlin wartet, den Mangel an Verantwortung zu begründen, der die bürgerlichen Parteien seit Monaten auszeichnet. Sonst sind die bürgerlichen Fraktionen nicht so besorgt um deutsche Interessen. Eine Betrachtung der Steuerberatungen, überhaupt der ganzen Steuerstatistik aus den letzten Monaten, liefert dafür den besten Beweis. In Wirklichkeit führt der Mangel an Mut zur Verantwortung und am Sinn für die politischen Notwendigkeiten zu dem Verschluß der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie: keine politische Debatte abzugeben. Die gegenwärtige Regierung trägt an diesem Verschluß einen wesentlichen Teil Schuld. Noch nie hat Herr Cuno den Mut befohlen, aus eigenem Antrieb vor dem Parlament eine Erklärung abzugeben. So oft er und sein Außenminister bisher Geheimratsarbeiten vor dem Reichstag vortrugen, mußten sie dazu zitiert werden. Lediglich die Juristen, ihre eigene Unfähigkeit in jeder Beziehung einzusetzen zu müssen, treibt sie zu der Flucht vor dem Reichstage. Wohler fühlt sich der gegenwärtige Kanzler als Wanderredner mit fertig ausgearbeiteten Vorträgen. In Königsberg, Bamern, Bremen usw. hat er in den letzten Wochen eine ganze Reihe schlechter Reden abgelesen, nur dem Reichstag, dem er nach der Verfassung verantwortlich ist, weigert er sich mit seinen Ausreden Rechenschaft abzulegen. Er wie sein Außenminister sind groß in der Mißachtung des Parlamentarismus, aus Furcht vor der Verantwortung, und es ist charakteristisch für die bürgerlichen republikanischen Parteien, wenn sie sich diese Mißachtung nicht nur gefallen lassen, sondern sie auch noch unterstützen. Sie waren davon unterrichtet, daß zu der gleichen Zeit, als man gegen den Antrag der Sozialdemokratie das Argument von der Störung der außenpolitischen Besprechungen anführte, diese internationalen Erörterungen längst abgeschlossen und durch das halbamtliche Telegraphenbureau bereits eine Erklärung über den Inhalt der Besprechungen zwischen der Regierung und dem päpstlichen Nuntius veröffentlicht war. Es ist ein Kohn auf die Rechte der Volksoberleitung, wenn dessen Mehrheit einem Reichstag der Regierung folgt, dessen Begründung zur Zeit, als sie losgelassen wird, sich als erfunden erweist, und der lediglich gegeben wurde aus Furcht vor der Verantwortung gegenüber dem Reichstag, während das Reichskabinetts laut fortgesetzt außenpolitische Erklärungen in alle Welt hinausgeschickt.

Gerade die Erklärung über die internationalen Besprechungen mit dem päpstlichen Nuntius hätte im allgemeinen deutschen Interesse eine Debatte im Reichstag erfordert. Ihr nichtstimmiger, unbefriedigender Inhalt bedurfte der Ergänzung. Das hätte am besten durch eine nähere Präzisierung des Reichskanzlers geschehen können. Die Träger des Abwehrkampfes an der Ruhr verlangen ein scharfes Vorgehen gegen die organisierten Banden, die wie Genosse Hermann Müller am Freitag im Reichstag sagte, die Dynamitattentate als Sport und Geschäft betreiben. Diese Forderung des Volksteils, der an der Ruhr in erster Linie den Abwehrkampf führt, hat die Regierung gegenüber der Öffentlichkeit mit allgemeinen Redewendungen beantwortet, die neuen Mißmut hervorzurufen müssen. Der Grund zu der nichtstimmigen Erklärung war aber auch hier erneuter Mangel an Mut vor der Verantwortung, Furcht vor den Deutschen und den Deutschbolschewisten, überhaupt Furcht vor dem Gelfe, der von München aus seinen Ursprung genommen hat, und der heute noch in den amtlichen Staatsstellen Bayerns waltet. Der päpstliche Nuntius hat sicherlich unter dem Hinweis, daß die innerpolitischen Verhältnisse keine positivere Erklärung gegen die Attentate zulassen, auf eine Verurteilung der Sabotageakte mit gleichzeitiger Androhung von Strafen vor der Öffentlichkeit verzichtet, zumal es ihm nicht darauf ankam, seinen Erfolg noch außen breitzutreten. In Wirklichkeit soll sich das Kabinetts im Verlauf der Verhandlungen mit dem päpstlichen Nuntius und den Besprechungen mit der preussischen Regierung bereitwillig haben, ihre untergeordneten Instanzen anzuweisen, daß in Zukunft den Attentätern jede Unterstützung versagt wird. Wir werden darüber wachen, daß eine derartige Anweisung nicht nur tatsächlich erfolgt, sondern auch in strengstem Maße durchgeführt wird. Verloren einzelne untergeordnete Instanzen, weil sie sich gewissen Organisationen gegenüber auf Grund ihrer Vergangenheit verpflichtet fühlen, dann hat die Reichsregierung mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzugreifen.

Die Forderung der französischen und belgischen Regierung nach Brandmarkung der Sabotageakte im Ruhrgebiet hätte demnach im geheimen bereits Bemütigung gefunden. Öffentlich kommt man diese Bemütigung aus Liebe zu den Deutschen und völkischen Kreisen, die sich nicht nur als intellektuelle Urheber der Attentate im Ruhrgebiet gebärden, sondern die in der Tat auch die Förderer des offenen Widerstandes in jeder Beziehung sind. Den Schritt Frankreichs und Belgiens in Berlin hätte sich Herr Cuno erlauben können, wenn er frühzeitig mit Entschiedenheit gegen die Sabotageakte vorgegangen wäre, vielleicht auch wenn er darauf verzichtet hätte, die Taktik Voincarés nach dem Wappbrief zu übernehmen. Auch wir Sozialdemokraten sprechen

den Einbruchsstaaten das Recht ab, von Deutschland Genug- tunung zu verlangen. Zunächst wären sie an der Reibe, Sühne für die endlosen Opfer zu geben, die das Ausraubentum bisher gefordert hat. Sie haben sich vergangen gegen das Völkrecht und sind der Welt Genugtuung schuldig. Sie haben deutsche Volksgenossen in den Tod geschickt und hätten deshalb speziell nach Deutschland Sühne zu leisten. Aber was heißt heute Genugtuung? Wer die Macht besitzt, der verfügt und regiert. Deutschland ist infolge der Katastrophenpolitik seines vorrevolutionären Regimes entwaffnet und wirtschaftlich zusammengebrochen. Wir besitzen heute in der Welt mehr Feinde als Freunde, kaum findet sich ein Ohr, das für unser bedrücktes Volk Gehör hätte. Unter diesem Gesichtspunkte beurteilt, sind wir trotzdem dafür, daß die Reichsregierung Frankreich und Belgien die geforderte Genugtuung zum Ausdruck bringt, weil wir nicht wollen, daß den Gewalthörern in diesen Europa noch weiterhin Anlaß zu bedrückenden Taten gegenüber unsrer Bevölkerung an der Ruhr gegeben wird. Was kann 24 Stunden während die Militärs an der Ruhr in verärgertem Maße auf die Bevölkerung losgelassen. Schon droht man die Ausdehnung der Verkehrsperre um sechs Wochen an. Sollen wir dazu noch Anlaß geben, indem wir nach den endlosen Demütigungen einen moralischen Akt verweigern, von dem Frankreich denken kann, wie es will, und von dem wir denken, was wir wollen?

Der Mangel an Verantwortungsliebe und die Reigung, deutschnationale Politik zu treiben oder wenigstens die Politik zu gestatten, daß sie für die Deutschnationalen erträglich ist, dürfte aber erneut wieder verpasste Gelegenheiten schaffen. Das deutsche Volk wird heute regiert von einem Kabinett der Konfuziosität, einer Regierung, von der man wahrhaftig nicht sagen kann, daß sie auch nur die elementarsten politischen Voraussetzungen zum Regieren besitzt. Unter diesen Umständen muß die Entwicklung zur Katastrophe führen, wie sie die Deutschnationalen wollen, um auf dem Trümmerhaufen unter Anwendung der Diktatur ihre monarchistischen Bestrebungen zu verwirklichen. Das Verhängnis für die Republik aber ist, daß der Reichstag als Volksvertretung verlor, daß seine bürgerlichen Parteien Zug um Zug zurückweichen und so die Diktaturgeister der Regierung stärken. Das schaffende Volk muß sich auf Lösung schwerster und bedeutsamer Aufgaben einstellen, die ihm von der Entwicklung angetrieben werden. Wehe ihm, wenn es sich als zu schwach erweist!

**Eine neue Versicherung der Regierung**

Berlin, 8. Juli. Eine offizielle Rundgebung besagt: In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit der preussischen Regierung waren auch die Sabotageakte Gegenstand der Erörterung. Es bestand volle Einmütigkeit in der Ablehnung und Verurteilung der Dynamitsabotage. Gegen die Mitglieder sogenannter Sprengkolonnen, die in den letzten Wochen am Rand des besetzten Gebietes angetroffen worden sind, und die sich aufschneiden, auf eigene Faust den passiven Widerstand in Gewalttaten umzubringen, wird nach wie vor mit aller Entschiedenheit eingeschritten.

**Französisch-belgischer Vorstoß**

Die Reichsregierung gibt bekannt, daß die Vertreter Frankreichs und Belgiens in Berlin mündlich die Reichsregierung eröffneten, daß sich die Reichsregierung durch ihre Verordnungen für den passiven Widerstand und durch Beileidstelegramme für die aktivistischen Erscheinungen des Widerstandes verantwortlich gemacht habe. Aus diesem Grunde müßten die belgische und die französische Regierung fordern, daß die Reichsregierung das Attentat auf den Duisburger Brücke nicht billige und alles unternehme, um die Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Beweis für die Beteiligung von Deutschen hat der belgische Gesandte mitgeteilt, daß auf der Brücke Bruchstücke einer Explosionsbombe gefunden worden seien.

Der Reichsminister des Auswärtigen, von Rosenburg hat den beiden Vertretern gemeldet, daß die Ursache der Explosion noch nicht feststehe und die Regierung dafür keine Verantwortung trage. Die von der deutschen Regierung nach Beginn der Abstraktion erlassenen Verordnungen seien nicht die Ursache, sondern die Folge des spontaneousen, aus der Seele der Bevölkerung emporgewachsenen Widerstandes. Die Beileidstelegramme im Falle Schiengere seien eine durchaus natürliche und selbstverständliche Rundgebung, nachdem ein deutscher Mann von fremden Kriegergegnern auf dem Boden für eine wahrlich nicht aus ethischen Motiven begangene Handlung widerrechtlich verurteilt und hingerichtet worden sei. Es stehe doch außer Zweifel, daß eine Wächter nicht auf Widergesetzen, sondern darauf gerichtet gewesen sei, den Besatzungsgruppen die unredliche Benutzung deutscher Verkehrsmittel unmöglich zu machen.

**Leben • Wissen • Kunst**

**Der Urlaub im Staatstheater**

Seit der acht bürokratisch gestingerten Einsetzung des Intendanten Neuder tritt im Staatstheater zuweilen der unterirdische Strom bürokratischer Geschäftigkeit unliebsam zutage. Es ist heute bis zum Ueberdruß bewiesen, daß er für die künstlerische Entwicklung des Hauses nicht bedeutet, in diesem Sinne Attrappe geblieben ist. Auf bürokratischem Gebiet aber regt er sich allzu oft. Bald wird das Personal durch eine peinliche Freilicht-Behandlung schlammig, bald werden heiners Gagen- oder Rechtsstreitigkeiten mit all jener trübenden Jähigkeit durchgeführt, welche Monopol der Bürokratie ist. Der neueste Streich ist der traurige Versuch, der in Dresden aufs äheltste behandelten, mittellosen Schauspielerin Gertrud Trebnitz die im jahrelangen Rechtsstreit beim Reichsgericht (!) durchgeführte Unfairness wieder abzulösen. Von größerer Tragweite für das Theater und die Öffentlichkeit aber ist die nun angekündigte Ferienbesetzung.

Man will den Juli hindurch spielen lassen und im September wieder beginnen. bleiben vier Wochen Urlaub, wegen der Proben vernünftig für viele gemindert. Grund nach außen: Wir müssen sparen, können auf die Juli-Einnahmen nicht verzichten! Das klingt der Öffentlichkeit gewiß sehr überzeugend, und damit scheint alles gerechtfertigt. In Wahrheit ist jedoch der materielle Erfolg zweifelhaft (wünschenswert wäre, daß das Publikum durch demonstrativen Nichtbesuch des Theaters den Versuch zusammen mache, — der künstlerische Schaden aber steht außer Zweifel! Dies liegt bei der künstlerischen Besetzung für künstlerische Entfaltung ist zu fragen, für sie zuerst und zuletzt! Man spare und verdiene, indem man überflüssige Bürokratenposten streicht, übertriebene Ausstattungsarbeiten vermeidet, die Kairoffs einläßt und sich nicht ausgerechnet von Paul Will blamieren läßt, blühendes, hausfüllendes Theater spielen ermöglicht; aber man darf nicht sparen auf Kosten der menschlich-künstlerischen Betriebsweise des Hauses. Jede wirklich liegende berechnete Verknüpfung des Hauses. Jede wirklich liegende berechnete Verknüpfung des Hauses. Jede wirklich liegende berechnete Verknüpfung des Hauses. Jede wirklich liegende berechnete Verknüpfung des Hauses.

Eine Umdeutung der Begriffe sei es, wenn sich jetzt Frankreich und Belgien für berechtigt stellen, Deutschland für die Folgen ihres rechtswidrigen Einmarsches in das Ruhrgebiet und für die Folgen des mafiösen Terrors der Besatzungsgruppen verantwortlich zu machen. Man dürfe nicht vergessen, daß, bevor irgendeinem Belgier oder Franzosen im besetzten Gebiet auch nur ein Haar gekrümmt worden sei, bereits mehr als 20 Deutsche schuldlos ihr Leben unter den Regeln der Besatzungsgruppen eingebüßt hätten. Gewalttätige Hagen nicht in den Absichten und in der Politik der deutschen Regierung, die nichts unterlasse, um die gezielte Verdämplung zum besonnenen Beharren auf der Linie des passiven Widerstandes zu bewegen. Die Angabe, daß man am Ort der Kat Trümmer einer Bombe gefunden habe, könnte jedoch keineswegs genügen, um die deutsche Regierung von einer verlässlichen Beteiligung Deutscher zu überzeugen. Die Reichsregierung fordere internationale Untersuchungen, dem sei aber niemals stattgegeben worden.

**England wünscht Klarheit**

Die Besprechungen der englischen Staatsmänner mit den französischen, belgischen, italienischen haben in der Reparations- und Ruhrfrage noch immer nicht zu einer klärenden Klärung geführt. Das ist die Folge von Poincarés hinterhältiger Taktik. Aber in England mehren sich die Zeichen, daß man endlich eine Entscheidung wünscht. Meldungen besagen:

London, 8. Juli. Bei einer politischen Rundgebung in Birmingham erklärte Chamberlain, so dringend auch der Wunsch Englands sei, herabliche Beziehungen mit Frankreich aufrechtzuerhalten, so sei doch die Zeit gekommen, wo es notwendig werde, endgültige Schritte zu unternehmen. — Regier-

rungsminister erklären, daß im Laufe dieser Woche eine Entscheidung fallen werde. Baldwin habe genug von Unterredungen, die die Dinge nicht führten, und habe Poincaré eine entscheidende Mitteilung zugehen lassen, daß der britische Fragebogen klar und ohne weiteren Verzug beantwortet werden müsse. Sollte Poincaré, wie zu erwarten sei, hierauf nicht eingehen, dann könne man damit rechnen, daß die britische Regierung die Initiative ergreifen werde und daß dann die Dinge sich rasch entwickeln würden.

**Die Reichsregierung soll die Explosion bezahlen**

Paris, 8. Juli. Davos meldet aus Koblenz: Die Rheinlandskommission hat beschlossen, der belgisch-französischen Eisenbahnregie eine vorläufige Entschädigung für den Eisenbahnunfall auf der Hochfelder Brücke in Höhe von 61.000 Frank zuzusprechen, die aus den Einnahmen des Deutschen Reiches zu entnehmenden Mitteln geleistet werden sollen. — Die deutschen Regierungsstellen erklären hierzu: Der Eisenbahnunfall bei Duisburg ist ein Vorfall, der nur unter den durch den rechtswidrigen französisch-belgischen Einbruch geschaffenen Umständen möglich war. Die Eisenbahnabriebe steht unter Bewachung durch französisches und belgisches Militär. Den deutschen Behörden ist durch systematische Verhinderung und Auslöschung der Sicherheitsorgane eine Vermeidung unmöglich gemacht worden. Die deutsche Regierung kann daher, selbst wenn, was durchaus noch nicht einwandfrei erwiesen ist, es sich um ein Attentat handeln würde, auf keinen Fall für die daraus entstehenden Schäden haftbar gemacht werden. Der Rheinlandskommission steht daher jeder Rechtsmittel für ihr Vorgehen.

**Tschechische Wuchdemokratie**

Aus Auffig schreibt uns unser böhmischer Mitarbeiter: In einer der letzten Sitzungen des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses gab es eine Senation. Einige kommunistische Abgeordnete hatten an den Innenminister eine Interpellation verfaßt, die über die Wahlberechtigung der Regierung in dem entlegenen Gebiet der Republik, dem eigentlich nur als Mandatstaat angelegerten Karpatenhorizont handelte. Die Interpellation wurde in den Blättern veröffentlicht, verteil jedoch statt der Konstitution. Abg. Krejčík ergriff nun irgendeine Gelegenheit und brachte trotz dem mehrmaligen Protest des Präsidenten die schmerzvollen Dokumente zur Verlesung, deren Veröffentlichung damit gesichert wurde. Krejčík wurde dann aus der Sitzung ausgeschlossen.

Es handelt sich um drei Erlasse der politischen Verwaltung von Karpatenhorizont, also der obersten Verwaltungsbehörde dieses östlichen Zipfels der Tschechoslowakei. Darin teilt der Vorsitzende dieser Verwaltung, namens Wlasch, den Gewährungsschritten, also den politischen Beamten der niedrigeren Instanz „vertraulich“ mit, daß die Bezirksämter in jeder Gemeinde zwei bis vier Vertrauensleute haben, die intelligent, der Republik treu und einflußreiche Personen in der Gemeinde sind. Die Aufgabe dieser Vertrauensleute ist es, die Komit über jedes wichtigere politische Moment zu informieren und in gegebenen Fällen Rat zu erteilen. Mit Hilfe dieser Vertrauensleute werden die Komit ihren Einfluß auf die Bevölkerung der Gemeinden geltend machen. Diese Vertrauensleute sollen die staatsfeindlichen Elemente beobachten. Die Komit können die zu dieser Arbeit erforderlichen Beträge von den unterschiedlichen Komitern einfordern.“ Von dem Ergebnis der Arbeit wurde ein Bericht bis Mai 1923 eingefordert, batiet ist dieser laubere Erlaß vom 19. Mai 1923.

In einem späteren Erlaß beschwert sich Herr Wlasch, daß die Staatsbürger die Sache lau und verdrückt behandelt haben. Sie waren offenbar noch nicht so abgerichtet, die Verpöschung der Bevölkerung als ihre oberste Aufgabe zu betrachten. Aber Herr Wlasch „fordert“, er fordert, daß die Vertrauensmänner Bewußnisse notwendigen Arbeiten eine „größere Aufmerksamkeit“ zu schenken. Und er wird dabei sehr deutlich: Sie haben sich darum zu kümmern, daß „die staatsfeindlichen Personen in das Verzeichnis eingetragen werden und die staatsfeindlichen Elemente gestrichen werden.“ Dort die „staatsfeindlichen Personen“, hier die „staatsfeindlichen Elemente“, die einen müssen unter allen Umständen das Wahlrecht bekommen, die anderen es unter allen Umständen verlieren. Das ist so tschechoslowakische Demokratie. Aber es kommt noch viel deutlicher: „In jedem Falle muß dafür gesorgt werden, daß das slawische Element überall

der also Wahlergebnis auf Befehl.“ Gerade deshalb ist es notwendig, Personen slowakischer Nationalität entgegenzukommen und ihnen keine Beschwerden zu machen, eventuell weil sie Angehörige oppositioneller Parteien sind.“ Aber es folgt gleich die Einschränkung: „Personen slowakischer Nationalität, aber majortischer oder kommunistischer Gesinnung sollen nicht als solches Element betrachtet werden.“ Praktisch heißt das, daß nur die in Opposition stehende slowakische Volkspartei, das ist eine der ärgsten Herkulaner Parteien, mit der Regierungsmehrheit der Protektion und des beschützigen Wahlzweckes teilhaftig werden soll, alle andern Parteien nicht.

Doch dem Herrn Wlasch schämt, daß er nicht überall genügend Kreaturen finden wird, die sein lauberes „Vertrauensmännerhandwerk“ betreiben wollen. Und so fragt er gleich vor: „In Gemeinden, wo eine verlässliche Person zur Ausübung der Funktion eines Vertrauensmannes nicht gefunden werden können, soll diese Funktion der Gendarmerie übertragen werden.“ Bist es also keine Zivilpolizei, so wird unbedingt die slowakische Gendarmerie in den Dienst der guten Sache gestellt. Sie hat dann die Aufgabe zu betragen, die Wahlen zu machen, damit in jedem Falle das slowakische Element siegt“. Nachdem man sich wegen der Bewachung nicht so ganz sicher fühlt, wird noch angeordnet, mit den Vertrauensmännerpersonen nicht schriftlich, sondern nur mündlich zu verhandeln. Und dann folgt die Hauptfahse: „Das nötige Geld wird geliefert. Die Belohnungen müssen gleich ausgezahlt werden, es empfiehlt sich, sich zu nächst von der Verlässlichkeit der Vertrauensleute zu überzeugen.“ Der Mann kennt das Spießhändlerwerk und er weiß, daß man dabei leicht hereinfallen kann. Also soll die „Belohnung“ nicht gleich ausbezahlt werden, sondern erst später, wenn man entdeckt hat, daß der Spieß ein wirklich zuverlässiger Spieß ist.

Es ist wohl die blutigste Verdröhnung der Demokratie, die man sich in einem mitteleuropäischen Staate seit den berüchtigten christlichsozialen Wahlen in Österreich geleistet hat. Offen wird hier der ganze Staatsapparat in den Dienst der Regierungsparteien gestellt, zu denen leider auch die tschechischen Sozialdemokraten gehören. Für sie wird agitiert, geworben, beispielst — und die Kosten bezahlt der Staat. Also echte majortische Wahlen, bei denen die Regierung alle Mienen springen läßt, um zu retten, was zu retten ist. Niemand wird man im Ausland glauben, es sei noch nicht sicher, ob die Erlasse auch echt sind. Aber sie sind es, denn die Regierung selbst hat ihre Echtheit ausgeben. Sie hat so etwas wie ein Schamgefühl verspürt — aber nicht darüber, daß die Erlasse herausgegeben wurden, sondern daß man sie — er — wachte. Es wurden sofort die intensivsten Nachforschungen

differentierende Behandlung gebietet; nicht alle Menschen sind „Kummern“, wie es der Bureaukrat allzu gern haben möchte. Der Schauspieler erfüllt seinen Beruf mit seinem ganzen feeltisch-wirtschaftlichen Wesen. Er legt seine Phantasie, seinen natürlichen Reichtum, sein Nervensystem aufs Spiel und stellt sie ins Licht der Kampe. Sein Erfolg, der äußerliche und der innerliche, seine künstlerische Leistung, hängt ab von der Freiheit und freien Beweglichkeit seiner Natur, von der Gesundheit seiner Konstitution, von der „Reinheit“ seiner Kräfte. Ein mildes, abgepoltes, nervöses, ein verärgertes und unruhiges Personal ist die sichere Gewähr eines schlechten Spielwimmers, einer Senkung des allgemeinen Niveaus; mag die Öffentlichkeit, mag die Bürokratie, die in Praesent und Logen ihren Amtsbesitz schließt, das langsam und nur halb bemerken, wer Augen und Ohren hat für Theatralisches, der merzt und witz es. Hundertmal in Deutschland, und auch in Dresden, hat man, wenn man dorbereitete Männer festgestellt: Sie müssen Not, Sorge, Müd, Sie müssen die rein körperliche Abgebrauhtheit des Personals in Rechnung stellen. Nun wohl! man stelle sie in Rechnung und „spara“ nicht am Urlaub, der so ziemlich das einzige Mittel ist, dieser Abgebrauhtheit etwas abzugeben! Dabei wir noch abgehen wollen von der übelsten aller Folgen: davon, daß einige „Prominente“ — ihrer sichern Stellung gewiß und ihrer Sonderausstattung (berechtigt gemacht) ausnützend — sich natürlich Sonderurlaub schaffen; daß also noch eiliche ensemblemäßige Klagenfahigkeit künstlich geschätzt wird! Das ist es, was der kommende Bureaukratenstreich herausbeschnidet. Die Verantwortung wird man leicht tragen, denn wer will den Herren hinter etwas „nachsehen“? Gott hat es so schön eingerichtet, daß Schikane und Inpotenz sich oft sehr oft hinter der Ausdruck bedeckten können: mir kommt ihr nichts beweisen! Ich tue nur meine Pflicht (vom 10 bis 8).

Ich weiß sehr wohl, daß es ungewöhnlich ist, von solchen Dingen öffentlich zu reden. Auch in der Republik lassen wir uns von Besitzenen der Bureaukratie mit Dinge einfüstern, diese Dinge seien „intern“ und hätten höchst verwidelte Ursachen. Die Wahrheit ist, daß die Bureaukratie Ange stellte des Volkes sind. Das die bürgerliche Kapitalwirtschaft altüberlieferter, alle durchgeführte Verursachung ist und daß auch ihre Arbeit, unvollkommen und nicht gerollt. Dann wird man sehen, was daran ist. Sich von Forderungen imponieren lassen, ist als „Antierant“ art. Dennoch gibt es in einem Theater keine undurchdringlichen und lebensgefählichen Geheimnisse, und vollends glaubt niemand, daß dort der Bureaukratismus nicht alsdann sichtbar werde — an dem, was die Theater da ist, an der Kunstleistung. Freilich, in Dresden sollte kein Raum zwischen Theater und Öffentlichkeit. Unser Publikum hat ein paar Lieblinge, darunter ausgezeichnete

Künstler wie Meyer, Fonto, Alice Verden. Aber es hat sein marmes Verhältnis zur Gesamtheit der Künstler, wie dies andre Städte haben. Es ahnt nicht, wie viel für die Leitung eines Theaters davon abhängt, daß die Öffentlichkeit auch den Bühnenleuten etwas warme menschliche Teilnahme entgegenbringt. Man laßt über die Bühnen, man schließt gramlich-feierlich und schweigen aus jeder erudierten Stud; man verfaßt schon beinahe regelmäßig dem Wimen aus purer Indolenz das, woran er das Wissen der Mensch erkennt: den Weisheit. Man ist zufrieden, wenn seine „Eidungen“ eintreten und nimmt Engagements, Entlohnungen und Regie all gottgewollte Fügungen hin. Nicht ein Hauch milderer Wärme flutet durch unser Haus, und die lebenswichtigen, frischen Rundgebungen einer bis auf die Straße gerichteten Teilnahme am Leben des Bühnenvolkes. Die andre deutsche Stämme darbringen, sollen wohl gar als unfreie Kompositionenstrecke. Es ist schade! Das Theater friert hinter. Um so dringender ist es notwendig, wenn einmal wirklich untragbarer sich vollzieht, herauszu, daß wir nicht nur zuzuschauen und zu kritisieren verstehen, sondern auch teilzunehmen und menschlich zu denken. Wolfgang Schumann.

**Dresdner Kalender**

Theater am 8. Juli. Opernhaus: Weichlossen. — Schauspielhaus: Bühler und Gändler (7 1/2). Volkshaus Nr. 825 bis 828. — Kurfürster Schauspielhaus: Weichlossen. — Residenz-Theater: Madame Pompadour (7 1/2). — Zentral-Theater: Rajja (7 1/2).  
Kunstausstellung Richter. Am 11. Juli Schluß der Sonderausstellung E. Langsdorf, Friedrich Peiz und Raumburg. Dom-Kunstsammlung Conradi den 14. Juli: Handzeichnungen und Graphik von Erich Fedel und Fritz Biehl. Außerdem einzelne Gemälde von Emil Oelckeb, Joseph Segenhardt und E. Obermeyer.

**Reine Mitteilungen**

Wissenschaftlicher Kongreß in Leipzig. Die vor dem Abgange von der Internationalen Wissenschaftsgesellschaft in regelmäßigen Abständen abgehaltenen wissenschaftlichen Kongresse haben nach dem Kriege bisher keine Nachfolge gefunden. Die Deutsche Wissenschaftsgesellschaft (Sitz Leipzig) stellt sich nunmehr die Aufgabe, die Vertreter der praktischen Wissenschaft und der Naturwissenschaften zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen und beauftragt zu diesem Zweck den ersten Deutschen Kongreß für Wissenschaften, der in Leipzig vom 16. bis 20. Oktober 1923 unter dem Vorsitz von Professor Dr. Hermann Witschinger wird.

...so sie umgekehrt "verleitet" worden sind, und nach Tagen schon wieder triumphierend die Regierungspresse, man die Schuld erweist habe. Der eine wurde wegen "Inkompetenz" sofort vom Amte suspendiert, der andere wegen "Unfähigkeit" zur politischen Verwaltung versetzt. Es wird nicht der Herr Blaha bestraft, der in so offenkundiger Weise die Wahlen fälschen will, sondern bestraft werden jene, die bestraften, wenigstens etwas Gerechtigkeit in diese parlamentarischen Wahlen zu bringen.

Vor wenigen Tagen ist durch die Presse die Mitteilung des Blattes der Gewerkschaften gegangen, daß sich die Regierungsparteien aus einem Regierungskomitee mit 90 Millionen Kronen für Wahlzwecke beteiligt haben, so daß auf jede der fünf Parteien ein Beitrag von vier Millionen Kronen entfällt. Die Nachricht ist bisher nicht dementiert worden, sie ist nach den larvenhaften Erklärungen durchaus nicht so ungläubig. Wir haben vor den Gemeinderäten, die im Herbst stattfinden und voraussichtlich ein Kräftemesser sein werden. Bei den jetzigen Wahlen ist damit zu rechnen, daß die Regierung die Mehrheit nicht mehr bekommt. Wenigstens nicht auf demokratischem Wege. Wie könnte nach einer Niederlage bei den Gemeinderäten nur schwer parlamentarisch regieren. Also soll helfen, was helfen mag: auch der aufgelegte, offiziell abgestempelte Wahlzettel. Die Demokratie wandelt sich zum Feigenblatt der Herrschergelüste der Koalition und des herrschenden halbfeudalen Regimes: unter der wohlwollenden Patronage der sozialdemokratischen Partei, die mit an der Spitze steht. Die lange das gehen soll, darüber macht man sich offenbar keine Sorgen: Hauptsache, daß die Macht und die Unterwerfungsmöglichkeit noch für eine Galgenfrist beibehalten werden.

### „Das Ausland! Das Ausland!“

Ein Beiratsartikel der Volkzeitung vom Sonntag wendet sich in folgender erfrischender Weise gegen die Politik der Verbündeten, wie sie von den bürgerlichen Parteien und in der bürgerlichen Presse neuerdings mit immer gleicher monotoner Phrase betrieben wird:

Es ist offenkundig, daß in die ehrsüchtige patriotische Wut der befreundeten Nachbarländer sich die Arbeit von Propagandisten einmischt. Sicher auch von französischen (die bayerischen Vorgänge sind ja ganz charakteristisch dafür). Aber doch auch von deutschen. Es stehen augenblicklich sehr dunkle Wolken über Deutschland. Und es ist doch männiglich bekannt, daß gewisse Organisationen, die trotz aller Verbote unter andern Namen wieder auferstehen, zwar harmlose Statuten aufweisen, aber um so weniger harmlosen Zwecken in der Wirklichkeit dienen. Die von der Hamburger Volkzeitung aufgedeckten Ämter haben ja doch gezeigt, daß die Befreiung Deutschlands von den äußeren Feinden zwar der Vorwand, der wirkliche Zweck vieler solcher Organisationen aber die Ver-

freiung Deutschlands von Sozialisten und Pazifisten ist. Hier ist der Patriotismus nur Verkleidung für niedrige Parteipolitik, für eine Parteipolitik, die sich zum Teil sogar noch der Namen und Phrasen der Parteilämpfe aus dem kaiserlichen Deutschland bedient. Und dagegen muß man sich endlich einmal zur Wehre setzen.

Hier aber verlagert wieder der Mut. Auch der Mut der Parteien. Der Hinweis, daß dieses oder jenes im Ausland agitatorisch ausgenutzt werden kann, läßt alles sofort in Schweigen versinken. Wenn man die Frage der Souveränität der deutschen Presse diskutiert, so heißt es: Poincaré wird seine Freude daran haben. Wenn der Zentrumsvorstand die Welt seine Stimme dafür erhebt, daß das im Fall Pöschel begangene Unrecht wieder gut gemacht werde, so mag die Süddeutsche Zeitung in Stuttgart zu schreiben: „Und Sie, Herr Dr. Weill, sind Sie nicht aus Essen an der Ruhr? Wie ist es möglich, daß Sie Zeit und Lust haben, über Pöschel zu sprechen, während in ihrer Heimat die feindliche Soldateska mordet, während die Wälder der unergieblichen Wirtschaft ihrer Heimatstadt dahinsinken, während das Hungergeschrei durch die Straßen Ihrer Stadt zieht?“ Wer es wagt, endlich einmal die Finanzwirtschaft in Deutschland in Ordnung bringen zu wollen, um wenigstens das größte Nationalverbrechen auszuräumen, der wird beschuldigt, Herr Poincaré Waffen gegen Deutschland zu liefern. Und er kann von Glück sagen, wenn man über ihn nicht ausprengt, daß er in französischem Solde steht, und wenn er nicht wie Rathenau endet. So geht es nun schon jahrelang. Jeder Versuch, wirtschaftliche oder moralische Ordnung in Deutschland zu schaffen, wird mit dem Hinweis auf das Ausland abgetan. Parteipolitiker, die ihre bestimmten Zwecke dabei verfolgen, propagieren diese Grundzüge, und sie haben damit den gewünschten Erfolg, den Mut jener Parteipolitiker, die solchen Zwecken widerstreben sollten, zu lähmen und sie in Angst zu versetzen. Das geht auf die Dauer so nicht weiter. Die äußere Politik kann unmöglich länger die Notwendigkeiten der inneren Politik verdrängen. (Es ist wahrlich kein zwingender Grund für Deutschland, falls zu handeln, weil die Franzosen es ebenso falsch machen.) Es ist nicht wahr, sondern nur eine Erfindung des Parteipolitikers, daß man seine außenpolitische Position schwächt, indem man Unrecht im eigenen Lande eingesteht und absteht. Man erwirbt im Gegenteil ein um so begründeteres Recht, gegen fremdes Unrecht zu protestieren, nachdem man im eigenen Lande Recht geschaffen hat.

Was hier endlich einmal von einem bürgerlichen Blatt ausgesprochen wird, trifft Wort für Wort auf die Rede zu, die kürzlich die bürgerlichen Parteien gegen Dr. Reigner inszenierten, weil er in aller Öffentlichkeit notwendige Feststellungen ausgesprochen hatte. Die Wichtigkeit dessen, was er gesagt, konnten weder der heulende Chorus der bürgerlichen Presse, noch die waderen Demokraten Seuffert und Reinhold bestreiten. Aber „Das Ausland! Das Ausland!“ Eine Erfindung des Parteipolitikers, sagt dazu die Volkzeitung sehr treffend.

...daß habe für jeden, der für seine Idee sein Leben einsetzt, mag es auch ein Klassengegner sein. Im übrigen bekämpfe die kommunistische Partei den Faschismus durchaus, aber der Faschismus sei eine politische Bewegung breiter Massen des proletarisierten Kleinbürgertums, die der Sozialismus versuchen müsse zu gewinnen. Das letztere sind Selbstverständlichkeiten, über die sich nicht zu reden lohnt. Aber was die Verherrlichung Schlageters durch Rabels Rede anbelangt, so vergißt Rabel offenbar, wie er in seiner Rede diesen Bandenführer gefeiert hat! Als einen Mann nämlich, der sein „heißes, unigennütziges Blut“ für eine „allgemeine Sache“ verbräute. Auch zu Rabels Ohren müßte es allmählich gedrungen sein, daß Schlageters Charakterbild in der Geschichte vorläufig noch sehr schwankt, daß er in merkwürdigen Beziehungen zu den Polen gestanden haben soll und daß er überall dort dabei war — bald im Baltikum, bald in Estland, bald an Ruhr und Rhein — wo es mit Bomben, Dynamit und entsetzlicher finanzieller Unterstützung „ein Ding zu drehen“ gab.

Ist es Gedächtnisfehler, solche Erscheinungen der Nachkriegszeit als Helden zu feiern? Für den Sozialisten nicht; sein Selbstenbild sieht, was wir mit untrer Betrachtung der Rabelschen Rede nur feststellen wollten, erheblich anders aus, als der von Kommunisten gefeierte Schlageter. Und die kommunistischen Blätter, die jetzt Rabels Verteidigung ohne jeden Widerspruch bringen, können sich in diesem Punkte die Hand reichen mit dem Oberreaktionär und Oberausreißer Lubendorff, der jetzt die große Trommel und das große Rauf für ein Schlageter-Denkmal rührt.

### Reichswehr als Arbeitgebertruppe

**Die Marionette Geßler**  
Breslau, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Vor wenigen Tagen veröffentlichte das Reichswehrministerium ein Dementi, das bekannte schlesische Reichswehroffiziere von dem Vorwurf entlasten will, lokale Selbstschutzorganisationen unterstützt zu haben, die dann in dem schlesischen Landarbeiterstreik eingegriffen haben. Unter Breslauer Parteiführer schreibt auf dieser Angelegenheit: „Wenn die Reichswehr den Landstand, ihre Beziehungen zu innerpolitischen Reaktionen so nah abzuschließen zu können glaubt, beginnen wir zu verstehen, warum sie auch im Ausland zum Schaden Deutschlands so wenig Vertrauen findet. Wir erklären die Behauptung des Reichswehrministers für eine bewusste Fälschung. Wir bitten, uns nur wegen Fälschung zu verweigern, und wir werden dem vor Gericht beweisen, daß Herr v. Winterfeld Führer des Obersturms war und Vorkämpfer, Vorkämpfer, und hatte diese angebliche Polenabwehr unterstützt, die sich dann als Arbeiterherrschaft gegen die Landarbeiter entfaltete.“

### Kleine politische Nachrichten

**Der Oberbürgermeister** hat zur Beauftragung eine Entschädigung gefordert, in der er den Charakter der Regierungskommission im Saargebiet als Vertreter des Völkerverbands (nicht allein Frankreich) und ihre kollektive Verantwortung feststellt sowie die Verantwortung auf Aufhebung der Ausnahmebestimmungen zu gewisser Zeit ausdrückt. Die Gründe für die Einführung der Frontmäherung wurden anerkannt. — Diese wenig unterschiedene Stellungnahme dürfte kaum eine Remission des schändlichen Sanktionsregimes zur Folge haben.

**Proteststreik gegen die Anhebung der sozialdemokratischen Presse.** Aus Nürnberg wird gemeldet: Wegen des Verstoßes der Frankfurter Tagespost trat das Personal der Nürnberger Zeitungen in einen Proteststreik. Mit Ausnahme der Bayerischen Volkszeitung erschienen heute keine Nürnberger Zeitungen.

**Friedensschiff im Orient.** Die Orientkonferenz in Lausanne erklärt, daß sich die Delegationen der Alliierten und die russische Delegation über einen Zahlungsmodus für die Tschechen der österreichischen Schuld, über die Konzeption und die Abrechnung Konstantinopel grundsätzlich geeinigt haben. Der Friedensschiff wird in acht bis zehn Tagen erfolgen.

### Aus aller Welt

**Einbruch**  
Berlin, 8. Juli. Bei einem Einbruch in der vergangenen Nacht erbeuteten Einbrecher in der Wohnung eines Professors in Friedenau Werte von insgesamt 700 Millionen Mark, darunter eine Anzahl Dollarmoten.

**Eisenbahnkatastrophe**  
Wellington (Neuseeland), 7. Juli. Bei einer Eisenbahnkatastrophe sind 12 Personen getötet und 38 verletzt worden.

### Der Dollar 179 550,—

Berlin, 9. Juli. (Kontin.)

	9. 7.	8. 7.	7. 7.	7. 7.	
	Gold	Silber	Gold	Silber	
Amsterdam	1 Gulden	70428,50	70776,50	68827,50	69172,50
Buenos Aires	1 Peso	62348,50	62558,50	60847,50	61152,50
Kopenhagen	1 Krone	29127,—	29278,—	28329,—	28471,—
St. Petersburg	1 Rubel	31421,—	31578,—	30723,—	30877,—
Schweden	1 Krone	47381,—	47619,—	46383,50	46618,50
Schweiz	1 fr. Part	4987,50	4992,50	4882,50	4887,—
Belgien	1 frank	8928,—	8972,—	8828,—	8873,—
Italien	1 Lire	7681,—	7689,—	7581,—	7589,—
London	1 Pf. Sterl.	817950,—	822050,—	798000,—	802000,—
Paris	1 Dollar	179550,—	180450,—	175500,—	176400,—
Brüssel	1 frank	10374,—	10326,—	10274,—	10326,—
Schweiz	1 frank	80728,—	80877,—	80324,—	80475,—
Spanien	1 Pesta	25488,—	25564,—	24987,50	25082,50
Wien (abgesch.)	100 Kronen	—	—	258,85	260,85
Wag.	1 Krone	—	—	5888,50	5813,50
Budapest	1 Krone	—	—	30,28	30,41

### Schlesische Noten

Berlin, 9. Juli. (Eig. Draht.) Die neuen Anordnungen der Reichsbank, von den Banken bei den Devisenforderungen gleichzeitig die Höhe der Auftragsgebühren zu verlangen, wird in den interessierten Kreisen als ein berechtigter Schutz der Reichsbank gegen die Mißbräuche der Kontokorrentforderungen angesehen. Ob man aber auf diesem Wege dem Mißbrauch, mehr Devisen zu erlangen, als wirklich gebraucht werden, steuern kann, bleibt wohl zweifelhaft, da sehr häufig bei einer nachträglichen Kontrolle die Berechtigung für höhere Devisenforderungen erbracht werden kann, selbst wenn die effektiv zu leistende Zahlung nicht die Höhe der Anforderungen erreicht. Am ersten Tage hat jedoch dieses neue Verfahren nicht abgesehen gewirkt, denn auch heute liegen wieder zahlreiche Aufträge für die amtlichen Kursfestsetzungen vor, die wohl kaum geringer sind als diejenigen der Vorgänge. Immerhin finden nur geringfügige Reparierungen statt. Die Momente, die an der Effektenbörse die Aufwärtsbewegung gefördert haben, sind untermindert wirksam, so daß auch die neue Woche eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung bringt. Bei schließlichen Geschäft ist eine weitere Befestigung der Tendenz gegeben.

# Zur sächsischen Regierungsfrage

Von Paul Sebi

Wir haben von je auf dem Standpunkt gestanden, daß die sächsische Regierungsfrage nur formell eine Angelegenheit der sächsischen Parteiorganisationen sei, da sie materiell die höchste Interesse der gesamten Parteigenossenschaft im Reich verleihe und verdiene. Denn nicht nur ist die Art der sächsischen Regierung bestimmend für die brennendste politische Gegenwartsaufgabe: die Verteidigung des Reiches gegen die von Bayern ausgehende reichsverleurende Konterrevolution; sie ist von nicht minderer Bedeutung, weil sie eine entscheidende Zukunftsaufgabe im Kern enthält: die Zusammenwirkung der heute mehr und mehr sich annähernden Arbeitermassen in den beiden proletarischen Parteien.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend haben wir von Anfang an die Haltung unserer sächsischen Organisationen gelobt. Sie haben in der Tat, diese Zukunftsaufgabe und jene Gegenwartsaufgabe erkennend, sich auf der Höhe ihrer politischen Pflicht gezeigt, obgleich es doch so nahe lag, zu zweifeln, daß die Kommunisten nun einmal „verloren“ sein und daß der sterbe, der vom Moskauer Papste esse, daß die Politik unserer sächsischen Genossen die Gefahr in der Hand, daß die Kommunisten zur ihre Mitverantwortung für die sächsischen Dinge mißbrauchen würden, das hat keiner von uns verkannt.

Eine dieser Gefahrenzonen für die sächsische Regierung ist jetzt gekommen. Steht da von umgekehrt — oder, wer will, von Moskau her — in der Roten Fahne vom 1. Juli ein Artikel, in dem gegen die Regierung Reigner die Gesetze in Stellung gebracht werden. Der Regierung Reigner, der eben die sächsische Landtagsfraktion der Kommunisten als Vertrauen ausgesprochen hatte, spricht „das politische Vertrauen der Zentrale“ dieses Vertrauen wieder ab. Und zwar unter andern mit folgender Begründung:

„Gelte Reigner zu seinen Worten in Mainz gestanden, seine Rede im sächsischen Landtag hätte dem Proletariat klar machen müssen, was das Proletariat gegen den Faschismus, gegen die baltische Cuno-Regierung, gegen die ungeheure Verelendung des Proletariats zu tun hat und was die sozialdemokratische Regierung in Sachsen, die sich auf die arbeitenden Massen stützt, in Verbindung mit diesen breiten Massen zu tun gedenkt. ... In dem Faschismus kann man nicht diplomatisch verfahren, mit ihm muß man kämpfen. Schon die Forderung, daß die Regierung nur das Maul aufreißt und die Hände dalie, ohne auszusprechen, dann werden sie diese Regierung ebenso wenig ernst nehmen wie die Regierung Cuno.“

Das ist eine wunderliche Begründung. Der Faschismus ist in der Tat eine ungeheure Gefahr für Reich und Arbeiterschaft und man müßte in der Tat die Regierung Reigner ermahnen, wenn sie sich nach der Richtung irgendeiner Unterlassung ausrichten können ließe. Wir vermögen aber die Unterlassung dieser Unterlassung nicht zu sehen; wir finden in der ganzen sozialistischen Presse kein Wort des Diplomaten mit den Faschisten, abgenommen die — Rote Fahne. Die Dynamikselben aus dem Ruhrgebiet sind doch nicht edel geführte Faschisten. In dieser selben Nummer nun, aber auf der ersten Seite der Roten Fahne das „politische Vertrauen“ der Regierung Reigner den Kopf wächet wegen „Unterlassens“ mit dem Faschismus, schreibt auf der zweiten Seite die Redaktion der Roten Fahne über die in Mainz verurteilten sieben Mitglieder der Sturmkommission folgendes:

„Wieder sieben „Wanderer ins Nichts“ ... Wieder sieben Opfer der französischen imperialistischen Klüder, wieder ein weiterer Flammenschiff auf Poincarés friedliche Expedition. ... Die sieben, die da der rücksichtslosen Gewalt der französischen Imperialisten zum Opfer fallen sollen, sind eine fürchterliche

Anlage nicht nur gegen Poincaré, sondern ebenso gegen die deutsche Bourgeoisie, die den ehrlichen Kampfwillen einzelner Tapferer aus dem bürgerlichen Lager zu ohnmächtigen Verzweiflungsakten verdammt.“

Wenn angeklagt solcher Kundgebungen der Regierung Reigner der Vorwurf gemacht wird, daß sie mit dem Faschismus diplomatische, so kann dieser Anklager von Glück sagen, daß die Richtigkeit in Deutschland nicht tötet; ihn würde sonst auf der Stelle der Schlag treffen. Den richtigen Hintergrund dieser Angriffe auf das Regiment Reigner enthält aber wohl auch der Schluss jenes Artikels in der Roten Fahne. Dort heißt es:

„Es ist höchste Zeit, daß sich die Regierung entscheidet. Die arbeitenden Massen jedoch erkennen an diesem Verhalten, daß eine sozialdemokratische Regierung ein höchst ungeschickliches Instrument ist und daß der Kampf gegen die herrschende Klasse nur mit Erfolg auf breiterer Grundlage zum Siege geführt werden kann durch eine Arbeiter- und Bauernregierung.“

Das also ist des Pudels Kern. Hat da Sinowjew in der letzten Sitzung der erweiterten Exekutive die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ausgesprochen und Clara Zetkin „jubelte, als sie sie erfuhr“. Hier soll also die Parole das erstemal ausprobiert werden. Nun meinen wir, daß selbst die „revolutionäre Disziplin“ nicht verlangt, daß man sich selber zum sinnlosen Kopfschütteln mache, sondern daß man der „revolutionärsten“ Parole noch immer Sinn und Verstand geben könne. Man braucht kein besonderer Kenner deutscher Verbältnisse zu sein, um zu wissen, daß die „Arbeiter- und Bauernregierung“ gerade für Sachsen das ist, was die Haut auf Frage. Und so beginnen also die getreuen Freiwiliger in Berlin, erregen in der Furcht des Herrn, einen Kampf gegen eine Arbeiterregierung in Sachsen, warum? — nun, weil eben in der Parole auch die Bayern stehen.

Das ist eine Dummheit, aber eben deswegen gefährlich. Und weil es eine Dummheit ist glauben wir, daß zwei Lehren aus ihr zu ziehen sind. Die eine ist: Dummheiten darf man nicht nachgeben. Gegenüber dieser dummen Erpreßung gilt es, die Ohren steif halten auf jede Konsequenz hin. Rollen die Kommunisten die sächsische Regierung werfen um einer falsch verstandenen Moskauer Parole willen, so mögen sie es tun, auf ihr Risiko hin! Die zweite Lehre aber, die zu ziehen ist, scheint uns folgende zu sein. Es ist zweifellos eine Schwäche der sächsischen Regierung, daß sie nur eine parlamentarische Basis hat. Dieser Umstand erlaubt den Kommunisten, ihre parlamentarische Machtstellung zu gebrauchen und zu mißbrauchen. Stärker aber als der irgendeiner andern Partei wird die Fraktion der Kommunisten berden auf den Willen der arbeitenden Massen. Folgen die Arbeiter namentlich die sozialistischen Anhänger, im Betriebe, in der Agitation und überall, wo es das Gespräch mit den kommunistischen Anhängern ergibt, daß sie mit einer Arbeiterregierung nicht haben können, so werden sich die Kommunisten vor solchen Späßen hüten.

### Rabel, Lubendorff, R. B. D. usw.

In einem Artikel der kommunistischen Presse sucht sich Karl Rabel von der Rede weiß zu brennen, die er zu Ehren des Schlageters, „des mutigen Soldaten der Konturrevolution“, in der erweiterten Moskauer Exekutive hielt. Er redet sich jetzt darauf hinaus, daß er immer menschliche Achtung ge-



# Für Wertbeständigkeit des Lohnes

Deutscher Reichstag

377. Sitzung vom 7. Juli 1923, 11 Uhr vormittags

Ohne Aussprache wird zunächst ein Gesetzentwurf angenommen, der die gesetzlich festgesetzten Beträge für das Notenausgaberecht der Privatnotenbanken der Geldentwertung entsprechend erhöht. Angenommen wird ferner ein Antrag, an der bisherigen Regelung der Überführung der Telegraphenarbeiter in das Beamtenverhältnis festzuhalten. Ein Gesetzentwurf, der den höchsten Versicherungsausgaben die wertbeständige Anlage ihrer Gelder ermöglichen soll, wird ebenfalls angenommen, ebenso wie ein Antrag auf das Zwangsgeld des Garantiekapitals erhöht. Dann folgt die Beratung des Gesetzentwurfes über

## Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten Gebiet.

Den aus Anlaß der Aufhebung Entlassenen wird ein gesetzlich festgesetztes Recht auf Wiedereinstellung und eine Unkündbarkeit ihrer Stellung für zwei Monate gewährleistet. Für die weitere Lösung der Wiedereinstellung wird eine Kündigungsfrist eingeführt. Außerdem lag ein Antrag A u f h ä u f e r (Soz.) vor, der die Aufhebung eines Ausschlussbeschlusses verlangt, wonach eine Kündigung erfolgen kann, so der Arbeitnehmer die Annahme einer anderen Stellung verweigert. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten wird dieser Antrag angenommen. Im übrigen findet die Vorlage in der Ausschussfassung Annahme. Präsident v. Brüning begrüßt sie, da der Reichstag damit der Aufrechterhaltung gedenkt, daß er ihrer nicht nur mit Worten gedenke, sondern auch mit der Tat. (Beifall.)

Ein Antrag, daß der **Getreide-Kredit-Verein** Reichskredit gewährt werden sollen, jedoch unter der Bedingung, daß die Gesellschaft Konsumentkredit in ihre Verwaltung aufnimmt und daß nur wertbeständige Kredite gegeben werden, wird mit 203 gegen 16 Stimmen angenommen. Annahme findet ebenfalls ein Gesetzentwurf, durch den die Wartezeit für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung auf drei Tage abgekürzt werden kann.

Darauf folgt die gemeinsame Beratung verschiedener Anträge zur Lohn- und Währungsfrage, darunter die sozialdemokratischen Anträge auf Erlass eines Strafgesetzes zum Schutze der Währung und einer Verordnung zur

## Erhaltung der Wertbeständigkeit des Gehalts- und Lohnbezüge aller Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Dieser Anträge begründet **Abg. Bissell (Soz.)**: Herrn Stinnes und seinen Genossen war es ein Leichtes, die Stillungsaktion der Reichsbank für die Part von Schelken zu bringen; denn der Reichsregierung mangelte jede Autorität. Die Werte stiegen, das Reich unterlag, die Arbeiter mußte die Rede bezahlen. Wir schlagen gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Währung vor, die wirksam sein werden als alle Devisenverordnungen. Zum Schutze der Arbeiterklasse verlangen wir

### die Einführung wertbeständiger Löhne.

Auf den „roten Terror“, den die Kreuzzeitung in dieser Forderung entdeckt hat, ernsthaft einzugehen, lohnt nicht der Mühe. Es handelt sich um eine Lebensfrage, die bis zur wirklichen Stabilisierung der Wirt. Trotz dem Stillstande der Löhne im Februar, März und April hatten wir dank der Vorkriegs-Wirtschaftspolitik steigende Lebensmittelpreise, steigenden Dollarkurs, Gewicht in England starke Arbeitslosigkeit. Aber die 80 Prozent, die arbeiten, beziehen einen auskömmlichen Lohn. Bei uns arbeitet fast jeder, aber keiner bezieht einseitig den englischen Lohn. Diese Tatsache spricht durchaus für die Berechtigung unserer Forderung. Unsere deutsche Industrie ist technisch in Rückstand gekommen. Der Stinnesche Monteur, die Deutsche Allgemeine Zeitung, erklärt die Wertbeständigkeit der deutschen Arbeiterlöhne zurückzuführen. Wenn Herr Geffersich erklärt, helfen könne nur die Steigerung der Produktion, so meint man dabei immer gleichzeitig auch die Verlängerung der Arbeitszeit. Wir leben heute in vollen Jügen von der Substanz unserer Arbeitskraft. Sie sehen immer nur die Veranschlagung der Arbeitskraft, aber nicht den Reallohn, den der Arbeiter für seine Arbeitskraft, heute treibt Deutschland auf dem Weltmarkt nur Konkurrenz, die vom Hungerdampfer der deutschen Industrie getragen wird. Nur

### die Hungerlöhne des deutschen Arbeiters,

der 80 Prozent seines Lohnes für den Lebensunterhalt ausgeben muß und hinter dem Standard des hiesigen Reallohn zurückbleibt, machen diese Konkurrenz möglich. Wir fordern eine Erhöhung des Lohnes nach dem Maßstab seiner Kaufkraft. Sorgen Sie, daß die Arbeitskraft nicht noch mehr geschwächt und gebrochen wird. (Beifall der Sozialdemokraten.)

**Abg. Kelling (Soz.)**: In der Frage der Wertbeständigkeit der Löhne haben die Arbeitgeber durch ihre ablehnende Haltung in der Zentralarbeitsgemeinschaft eine schwere Schuld auf sich geladen. Mit dem Ziel des sozialdemokratischen Antrags sind wir ein-

verstanden. Wir wünschen die Regelung in den Gemeinden. Reichsfinanzminister Dr. Gernig: Mit dem in den beiden Anträgen enthaltenen Grundgedanken einer schnellen und besseren Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist die Reichsregierung voll einverstanden. Eine Lösung muß gefunden werden durch Verhandlungen von Reich, Ländern und Gemeinden mit ihren Arbeitnehmern. Die Regierung wird mit allen Kräften auf eine baldige Lösung der Frage hinarbeiten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Für die privatwirtschaftlichen Arbeitnehmer wird die notwendige Wertbeständigkeit der Bezüge am schnellsten und besten durch tarifvertragliche Vereinbarungen erreicht. Der erste verbesserte Index ist bereits erschienen. Die Meinungsverschiedenheiten über seine Anwendung sind nicht unüberbrückbar. Die Verhandlungen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft betrachtet die Reichsregierung noch nicht als geschlossen. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen mit Wertbeständigkeitsklausel ist schon jetzt möglich. Die Regierung billigt das Ziel beider sozialdemokratischen Anträge, aber sie hat gewichtige Bedenken gegen einzelne Forderungen.

Es folgen Ausführungen des **Abg. Lam bach (Dnat. Sp.)**, der den sozialdemokratischen Antrag verwirft, des **Abg. Reinold (Dem.)**, der das Ziel des sozialdemokratischen Antrags billigt, aber, ebenso wie der **Abg. Dr. Nieher (D. Sp.)**, einem Antrag Marx (Soz.) den Vorrang gibt, wonach das Reichsarbeitsministerium Vereinbarungen mit der Privatwirtschaft auf Anpassung der Gehälter und Löhne an die Geldentwertung fördern soll. — **Abg. Frölich (Komm.)** unterstützt den sozialdemokratischen Antragsentwurf, lehnt aber den Lohnantrag ab. Auf eine Frage des **Abg. Bissell** erklärt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß Tarifverträge mit der Verbindlichkeitsklärung für rückwärtsbündlich erklärt werden, wenn sonst die Voraussetzungen für die Rechtverbindlichkeit gegeben seien. Auf Antrag des **Abg. Dr. Nieher**, dem Dr. Gernig (Soz.) widerspricht, wird der sozialdemokratische Antragsentwurf an den Reichsausschuß überwiesen. Der sozialdemokratische Lohnantrag wird der Regierung zu weiteren Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen überwiesen; die Bestimmung des Antrags, wonach Reichsausschuß nur an Firmen mit wertbeständigen Löhnen vergeben werden sollen, wird gegen die Rechte angenommen. Schließlich wird der Antrag Marx (Soz.) fast einstimmig angenommen.

Als dann unter Antrag auf Einstellung gewisser Maßnahmen der bayerischen Regierung und ein Antrag des gleichen Wortlauts der Deutschnationalen gegen gewisse Maßnahmen der preussischen Behörden ausgerufen wurde, protestierte die sozialdemokratische Fraktion nochmals durch den Mund des **Genossen Müller** dagegen, daß seine politische Aufgabe vor der Vertagung des Reichstags stattfindet. Unter Hinweis auf die sehr unbedingende Erklärung der Reichsregierung zu den Sabotageakten rief Herrmann Müller aus: wie lange wolle sich der Reichstag noch gefallen lassen, daß er von der Reichsregierung geschnitten werde. Der Reichsminister Oeser sagte zu, daß während der Vertagung Verhandlungen mit den Regierungen der gesamten Länder stattfinden sollen. Ledebour verlangte, daß der Reichstag die Sabotageregierung zum Teufel jage. Er beantragte eine neue Sitzung am Montag, mit der Tagesordnung: Politische Lage. Dieser Antrag wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der beiden unabhängigen Abgeordneten abgelehnt.

Ein etwas verhöhlischer Ausfall nahm die Sitzung noch dadurch, daß sich der Reichstag schließend neben einem von der bayerischen Regierung in seiner Abgeordnetentätigkeit beherrschten kommunistischen Redneren Thomas stellte. Die Kommunisten hatten mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die Reichsregierung die Regierungen der Länder darauf hinweisen möge, daß die Immunität der Abgeordneten auch während der Reichstagsferien gelte. — Der Antrag fand Annahme. — Damit war die lange Tagesordnung erledigt. Der Reichspräsident Marx sprach sich, um dem Präsidenten des Hauses, unsern Genossen **Lothe**, in herzlichsten Worten Dank für seine vorbildliche Leitung der Geschäfte auszusprechen. Das Haus unterbrach diese Ansprache mit kurzem Beifall. — Schluß der Sitzung am 7. Juli.

## Sachsen

### „Die Pläne des Ministers Liebmann“

Unter dieser Spitzmarke bringen die Dresdener Neuesten Nachrichten ein Zitat aus dem Brüsseler Peuple über eine Unterredung des Vertreters dieses belgischen sozialistischen Blattes mit Minister Liebmann folgenden Wortlaut:

„Ich habe mich lange mit dem Minister des Innern Liebmann unterhalten. Er schien mir nicht sehr glücklich zu sein. Aber er ist überzeugt, daß die sozialistisch-kommunistische Zusammenarbeit

so lange wie möglich fortgesetzt werden muß.“ Darauf kam der Minister auf seine speziellen Aufgaben zu sprechen und erklärte dem Korrespondenten folgendes: „Die Demokratisierung der Verwaltung ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Wir ersetzen systematisch alle ausstehenden Beamten durch Sozialdemokraten und Republikaner.“ Doch wir merken recht gut, daß wir immer noch von politischen Gegnern umgeben sind. Aber — und hier leuchteten die Augen des Ministers auf — das wird sich bald ändern. Wir hoffen, in einigen Wochen das Gesetz über die Pflicht der Beamten durchzuführen, ein Gesetz, dessen einziges Ziel es ist, unser republikanisches Regime zu stärken. Dieses Gesetz wird es uns möglich machen, ohne jede disziplinarische Unterwerfung jeden Beamten abzurufen, der nicht Proben seiner republikanischen Loyalität abgelegt hat, und wir gedenken, uns im größten Maßstabe unserer neuen Rechte zu bedienen.“

Dazu erklärt Herr **Minister Liebmann**: „Ich hätte nicht gedacht, daß es jemand interessieren würde, ob ich mich glücklich fühle oder nicht. Aber die Öffentlichkeit erfährt sogar, daß wenn meine Augen aufleuchten. Es erscheint mir sehr gleichgültig, ob der Vertreter des Peuple hier richtig gesehen hat, aber nicht ganz gleichgültig ist, daß ihm in seinem Bericht über die Unterhaltung mit mir einige Unrichtigkeiten unterlaufen sind. Zunächst stimmt der letzte Satz des Zitats überhaupt nicht, als ich nicht davon gesprochen habe, daß es möglich sein werde, jeden Beamten abzurufen. „Der nicht Proben seiner republikanischen Loyalität abgelegt hat.“ Ich habe vielmehr von den Proben der antirepublikanischen Gesinnung mancher Beamter gesprochen, gegen die mit Hilfe des Gesetzes vorgegangen werden kann. Es ist auch nicht richtig, daß ich erklärt hätte, die Regierung werde sich im größten Maßstabe des neuen Rechtes bedienen. Wohl aber habe ich gesagt, daß im Interesse der Republik bei Bedarf von dem Gesetz rücksichtslos Gebrauch gemacht werden soll.“

### Abänderung des Verwaltungskostengesetzes

Dem Antrag ist eine Gesetzesvorlage über weitere Abänderung des Verwaltungskostengesetzes zugegangen.

Sie bringt die Ausdehnung des Verwaltungskostengesetzes auf Amtsbedingungen in den Geschäftsbereichen des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts sowie des Finanzministeriums. Der Grund für diese Ausdehnung ist vornehmlich finanzieller. Dieser selbst in den Geschäftsbereichen des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts die Gebührenfreiheit die Regel und auch im Geschäftsbereich des Finanzministeriums behandelte bisher nur für einzelne Zweige Kostenverpflichtungen. Dies läßt sich im Hinblick auf die Finanzlage des Staates nicht länger verantworten.

Die katastrophale Geldentwertung zwingt weiter zu einer wesentlichen Erhöhung der Gebührensätze. Daraus ist von Annahme einer gleichenden Gebührenklasse, die zunächst nahegelegen hätte, abgesehen worden, und zwar im wesentlichen aus denselben Gründen, die auch den preussischen Staat neuem Verlangen haben, nach eingehenden Erwägungen davon abzusehen, die Vermehrung der Steuern nach einem beweglichen Faktor vorzusehen. Kommt jedoch nur die Einführung jener Zuschläge in Frage kommen, so erwies es sich von vornherein als unmöglich, als Grundbeitrag für diese die Friedenssätze des Gebührentarifs anzunehmen; hierbei würden die mannigfachen wertvollen Abänderungen, wie sie seit 1914 durch die Gesetze vom 17. Juni 1921 und vom 26. Juli 1922 in Ausführung von Unstimmigkeiten der ursprünglichen Satz-erfolge sind, nicht berücksichtigt werden können. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die letzte organische Bearbeitung des Gebührentarifs, das ist die Bearbeitung nach dem Gesetz vom 29. Juli 1922, der Veränderung zugrunde zu legen.

Unter Berücksichtigung der Wertberichtigung zufolge der fortgeschrittenen Wertentwertung kommt das Gesetz im allgemeinen auf eine 300fache Erhöhung der Höhe des Gesetzes vom 29. Juli 1922. Für Sondergebiete ist hierbei besondere Regelung vorgesehen. Auch ist bestimmt worden, daß als Mindestbeitrag der Betrag von 1000 Mark erhoben wird, das ist das vom 1. August an gültige Fernverkehrsporto.

Da diese Regelung bei der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage keinen Anspruch auf dauernde Gültigkeit machen kann, ist weiter eine Ermächtigung des Gesamtministeriums vorgesehen, jeweils im letzten Vierteljahrmonat für das nächste Quartal die Gebührensätze in der Gesamtheit durch Verordnung entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen nach Hundertsätzen zu erhöhen oder zu ermäßigen.

Offentlich erweist es sich als möglich, die Vorlage nach der den Parlamentarier zu verabschieden.

### Wertbeständige Versicherung

In einer Vorhandlung der Deutschen Lebensversicherungsanstalt der Provinzen im Freistaat Sachsen wurde als wichtige Neuerung die Einführung der Versicherung auf Roggenanrenten schein, Dollarkurs und Wertaufstellungen und Goldmarken beschlossen. Die Genehmigung der Aufsichtbehörde wurde von den anwesenden Staatsvertretern in Aussicht gestellt. Für die Versicherung auf Roggenbasis wurden die Roggenan-

## Die Familie Frank

Roman von Martin Andersen Nexø

Rechtliche Uebersetzung aus dem Dänischen von Hermann Ritz

Denn Meister Frank mußte seine Zunge zu gebrauchen, das war jedem bekannt, der mit ihm geredet hatte.

Und bei den Klubbällen erschien man in Grad und weißer Weste und unterhielt sich mit den feinen Damen und machte selbst den Brauer eifersüchtig!

Für einen Augenblick entließ sein Verstand dem gewohnten Halbblut; in seinem Gehirn wurde es lauter, klar und hell, und er erkannte, daß diese Phantasiegeburt ganz und gar nicht aus der Luft gegriffen war.

Gerade so hätte sein Leben sich von der Hochzeit bis jetzt gestalten müssen, mit bürgerlichem Glück, Fleiß und Behagen und jener winzigen Neigung zum Alkohol, die strebsamen Bürgern gewöhnlich so gut stand und ihr Ansehen auch nicht im geringsten erschütterte. Genau so hätte es sich gestalten müssen — hätte die da drinnen nicht alles durch ihre Falschheit zerstört!

Schneider Frank war auf dem Höhepunkt seiner Intelligenz.

Der Nebel hatte sich auf einmal von seinem Gehirn gehoben, und zum erstenmal in seinem Leben dachte er klar und deutlich jener Begebenheit, die sein Leben vergiftet, ohne daß er die Quelle seines Elends erkannt, geschweige denn sich gegen sie empört hatte.

Und die Gedanken ließen den sanften, frommen Mann überströmen vor Bosheit gegen die da drinnen, die Dirne, die Wege, die Sure! Sein ganzes Wesen loderte auf in Wut, und er sprang vom Schneidertisch, ergriff die Schere und lief gegen die Tür, um der Frau die Schere in die Kehle zu bohren, in dem Bett, wo sie lag.

Er hatte die Hand auf dem Türriegel, als er in seinem Kopf ein schmerzliches Stechen und Schnurren spürte. Singend legte sich etwas, Schicht auf Schicht, über sein Hirn und hinterließ dumpfe Schwere. Wieder legte sich die Zibotte weich und lindernd um ihn; er wachte nicht mehr, warum er hier an der Tür stand; still kroch er auf den Schneidertisch hinauf und kreuzte die Beine, wobei er ängstlich lauschte, ob seine Frau noch geworden sei.

Dann vergaß er auch die Angst, fuhr aber fort zu lauschen — auf die Erscheinungen in seinem eigenen Kopf.

Da war ein Klirren von Gläsern und Gläsern und ein Summen vieler Menschen. Frank sah auf dem Ehrenplatz, neben ihm Thorvald, und drüben an dem andern Tischende stand jemand und sprach von der großen Vaterliebe, die nicht nach dem Hoher trage, sondern mit gleicher Fürsorge das Auckadung und das eigene Kind erziehe.

Frank lächelte dem Redner ein wenig unsicher zu; er war sich nicht klar darüber, ob es ernst gemeint sei. Uebertrieben war es jedenfalls, und er hatte es durchaus nicht verdient, ob er immer ein so erbärmlicher Wicht gewesen war.

Aber nun wollte er hineingehen und sich an das Bett seiner Frau legen, er wollte ihr sagen, wie erbärmlich er sich vorfomme, und ihr beim lebendigen Gott versprechen, daß es anders werden solle. Sie habe ja allerdings schon früher seine Selbstanklagen und Versprechungen gehört, aber diesmal solle es Wirklichkeit werden. Und dann — ein neues Leben!

Frank lächelte freundlich. Wieder hörte er die Gläser klirren, und diesmal wurde sein Name ganz deutlich genannt, und langes Surrelgeklirr folgte.

„Frank! Frank!“

Er fuhr zusammen.

„Was ist das? Er froh ganz zum Greife zusammen und sah mäuschenfoll.“

„Frank!“ Sie rief wieder, diesmal schärfer.

Instinktiv streifte er ein Bein über den Tischrand aus, bedachte sich aber und zog es wieder unter sich. Sie war gewiß so froh, daß sie nicht aufstehen und ihn holen konnte.

Aber wenn sie nun sehr froh geworden war und ihn brauchte! Wäre sie doch wenigstens so gewesen, daß man sich ihr ohne Furcht hätte nähern können!

Lange dachte er hin und her, er dachte an die Frau, die da drinnen lag und rief, ohne daß er kam, und an das neue Leben, zu dessen Beginn Gott ihm Kraft verleihen sollte. Doch die Voraussetzung für die Hilfe Gottes war Reue, und Frank durchsuchte sein Dasein fleißig nach schlechten Handlungen, bereit, sie aus aufrichtigem Herzen zu bereuen. Aber er fand nichts; allerdings war er ein schlechter Mensch, wenn man wollte, aber etwas Schlimmes hatte er nicht getan.

Er war schon im Begriff, ärgerlich darüber zu werden, sowohl um des lieben Gottes wie um seiner selbst willen. Wie sollte der liebe Gott helfen, wenn nichts da war, woran man sich halten konnte?

Da fiel ihm zum Glück die Weste ein. Bierzehn Tage

lang hatte er nun schon in Angst davor verbrocht, daß seine Frau den wahren Zusammenhang entdecken werde. Und er hatte alle Energie aufbieten müssen, um zu verhindern, daß Die Andersen Verdacht schöpfte oder kam, wenn er selbst nicht zu Hause war, und kein Kleidungsstück verlangte. Zweimal hatte er eine Katastrophe dadurch verhindert, daß er Die beizugewandert vom Fenster aus entdeckte. Aber wie lange konnte das noch so weitergehen? Es war, als bewegte man sich auf einer Mine, die jeden Augenblick explodieren konnte. Und wenn die Sache herauskam, erwartete ihn keine Schonung.

Da war also doch endlich etwas zu bereuen, etwas, worauf der liebe Gott die Hand legen konnte. Und es würde viel leichter sein, von neuem zu beginnen, wenn die ärgerliche kleine Angelegenheit geordnet war.

In diesem Augenblick heaomen die Kirchenglocken zum Nachmittagsgottesdienst zu läuten, und Frank sah darin ein Zeichen von oben und beschloß, in die Kirche zu gehen. Das flehte er übrigens jeden Sonntag zu tun, falls er unterwegs nicht das Reich hatte, in Eibertens Keller zu fallen.

Aber das sollte heute nicht geschehen, und auch in Zukunft nicht mehr! Im übrigen freute er sich, daß er hieran dachte; da war gleich noch etwas zu bereuen. Und wenn er nun bereuend in die Kirche ging, dann würde der liebe Gott gewiß einen Ausweg wegen der Krone schaffen. Ja, das würde er tun! Japohh!

Frank betete sein Vater Unser, gab seinem Herzen ein Stöß und ging zu seiner Frau hinein. Er bewegte sich auf den Behen, um sie nicht unnötig zu reizen.

In der Tür blieb er stehen, entzückt, aus den Wolken gefallen.

Da lag seine Frau und schlief, vor Erschöpfung war sie auf dem Rücken zusammengesunken. Und vor sich auf dem Bett hatte sie ihr Geld liegen; offenbar war sie im Begriff gewesen, es zu zählen.

Da war schon der liebe Gott mit seiner Hilfe! Das war deutlich zu merken!

Frank konnte sich eine Krone nehmen, die Weste einlösen, sich von Die Andersen die Krone wiedergeben lassen und zurück ins Bett, bevor sie aufwachte.

Vorsichtig schlich er zum Bett hin, nahm eine ganze Krone und keinen Der mehr — was er als gutes Vorzeichen betrachtete — und ging hinaus, um die Angelegenheit mit der Weste in Ordnung zu bringen. (Fortsetzung folgt.)



# Der genossenschaftliche Werbetag in Dresden

Auf Beschluß des Internationalen Genossenschaftstages vom 7. Juli in allen Ländern als Werbetag für die genossenschaftliche Idee ausgerufen. In Dresden und Umgebung fanden aus diesem Anlaß am Sonnabend, einberufen von den Konsumvereinen, am 7. Juli, vom A. D. G. B. und vom K. A. D. B., Versammlungen statt, und zwar im Volkshaus, im Bürgerhaus, im Kamenhaus, im Sächsischen Hof in Frei- und im Volkshaus Pirna. Die Tagesordnung in den Versammlungen lautete: Kapitalistische Profitwirtschaft oder genossenschaftliche Bedarfs- und Wirtschaft?

Im Volkshaus sprach Kultusminister Genosse Fleißner, der darauf hin, daß so stark der Einfluß der Konsumvereine auf das Wirtschaftsleben auch ist, die internationale Zusammenfassung ihrer Kräfte doch erst im Anfang der Entwicklung steht. Die Konsumvereine sind ein Stück Geschichte der modernen Arbeiterbewegung. Sie sind leistungsfähig, solange sie sich auf die breiten Massen der Arbeiter stützen können, die ein Interesse an der Zusammenfassung der Kräfte auf diesem Gebiet haben. Die Konsumvereine sind zwar keine Klassenkampforganisationen im politischen Sinne, sondern rein wirtschaftliche Organisationen, trotzdem sind ihrer Entwicklung und ganzen Tendenz nach geradezu die Klassenkampforganisationen der breiten Massen. Sachsen nimmt die Deutschen eine Sonderstellung in der Konsumgenossenschaftsbewegung ein. Sachsen ist der Mutterboden der deutschen Konsumvereinsbewegung. Das ist ein Zufall, denn Sachsen war ein Industrieland ersten Ranges, das die andere Teile Deutschlands sich industriell entwickelten. Zur selben Zeit, wie dann auch anderwärts Industriezentren und Städte entstanden, sind auch dort überall starke und einflussreiche Konsumvereine gegründet worden. Ihre Mitglieder bestehen zu 90 Prozent aus Angehörigen der proletarischen Massen, die ein Interesse daran haben, einer Organisation anzugehören, die nicht nur wirtschaftliche Vorteile bietet, sondern handhabend für eine Entwicklung wirkt, die wir beschleunigen wollen: die soziale Gemeinwirtschaft. Es handelt sich um eine Bewegung, die von Anfang an, den Zwischenhandel ausschalten, die aber mit der Zeit weitere und höhere Ziele gesteckt hat, sie ein Hilfsmittel zur Befreiung der Armen aus wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Deshalb haben die Arbeiter allen Grund, die Genossenschaftsbewegung neben den beiden anderen Zweigen der modernen Arbeiterbewegung, der politischen und der Gewerkschaftsbewegung, nicht vernachlässigen, sondern sie weiter vorwärtszutreiben und in den Rahmen der sozialen Bewegung einzufügen, um Einfluß zu gewinnen auf die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, damit die Gesetzgebung darauf Einwirkung hat. Die Konsumvereinsbewegung ist ein Stück Sozialismus. Die Konsumvereine können allerdings allein die Dinge nicht meistern, denn eine wirkliche grundlegende Besserung der Lage der Arbeiterklasse ist nur dann möglich, wenn unsere ganze Wirtschaft anders gestaltet und geleitet wird. Immerhin sind die Genossenschaften ein Stück der Gemeinwirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft, sie sind der Kern einer Bewegung, die die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen kann.

Es gibt auch bürgerliche Genossenschaften und besonders bei der Landwirtschaft, die stark und einflussreich sind. Sie sind in ihrer Art aber doch anders als die Arbeiter-Genossenschaften. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind in erster Linie Wirtschaftsgenossenschaften, die ganz andere Interessen als die Konsumvereine haben. Sie wollen ihre Waren zu vorteilhaftem Absatz an den Mann bringen, während die Konsumvereine umgekehrt so günstig wie möglich beziehen und an ihre Mitglieder abgeben wollen. Die bestehenden selbständigen Produktionsgenossenschaften sind verhältnismäßig bedeutungslos. Ohne sicheren Absatz werden sie nur lebensfähig sein, wenn sie in die allgemeine Genossenschaftsbewegung der Verbraucher-Genossenschaften eingegliedert werden, ein Problem, das in Deutschland auch erst im Anfang der Lösung steht. Auch das internationale Zusammenwirken der Konsumgenossenschaften in Bezug auf Warenherstellung und Warenbeschaffung steht erst im Beginn der Entwicklung.

Der Einfluß an die Konsumvereinsbewegung ist gerade für die Arbeiterbevölkerung unerlässlich. Er ist auch ihm möglich. Die Genossenschaft verlangt vom einzelnen kein Opfer, denn die Einzahlung eines bestimmten Anteils ist kein Opfer. Das Geld wird verzinst, verzinst und beim Austritt zurückgezahlt. Die faktische Geldentwertung bedingt natürlich eine wesentliche Erhöhung des Anteils. 50.000 M. sind viel zu wenig. Entsprechend der Einlage von 20 M. in der Vorkriegszeit müßte jetzt der Anteil ungefähr 500.000 M. betragen. Je mehr die Mitglieder eigene oder als Betriebskapital anlegen, um so weniger wird fremdes, überzinsliches Kapital benötigt. Wenn in letzter Zeit auch für die Konsumvereine Schwierigkeiten entstanden sind, so liegt das in allgemeinen Verhältnissen, an ihrer Leistungsfähigkeit aber zu zweifeln liegt nicht der geringste Grund vor.

Der Krieg und seine Folgen haben die Konsumvereine verändert, in der gewöhnlichen Weise zur Eigenproduktion übergegangen, weil dazu heute ungeheure Mittel erforderlich sind, die die Mitglieder einfach nicht anbringen können. Manche der Konsumvereine vorwärts vor dem Krieg eine eigene Schmelzerei und Zementfabrik, ein Vorhaben, das erst verwirklicht werden kann, wenn wieder andere Zeiten kommen.

Die Konsumvereine machen sich die Vorteile der Großindustrie zunutze, angereichert der Konsumgenossenschaften und ihrer Mitglieder. Das ist auch der Grund, warum das Kleinhandelsnetz die Konsumvereine so bestig bekämpft. Die schädliche Umgestaltung der Volkswirtschaft war ein außerordentliches Kampfmittel gegen die Konsumvereine, sie trat fast ausschließlich die Konsumvereine und sollte den Kleinhandlern die Konkurrenz mit den Konsumvereinen erleichtern. Genügt hat es freilich nichts. Die Konsumvereine haben sich kräftig entwickelt, es bleibt aber noch viel zu tun übrig, um soziale Wirkungen auszuüben. Die bestehenden Stellen müssen zu der Einfluß gebracht werden, die die wirtschaftlichen Genossenschaften der Arbeiterklasse nicht verschaffen und mit ähnlichen privatrechtlichen Betrieben. Sie haben als soziale Einrichtung der Arbeiterklasse, die die Besteuerung frei zu bleiben. Jede Regierung müßte die Konsumvereine fördern wegen ihrer außerordentlich guten Wirkung für die wirtschaftlich Schwachen und Schwächsten. Die Konsumvereine fördern auch die wirtschaftliche Entwicklung der Arbeiterklasse, die wir heute haben und die von Konsumvereinen ebenso bezahlt werden muß wie von den Privatbetrieben. Die Besteuerung der Konsumvereine in den Parlamenten finden die Konsumvereine, da die bürgerlichen Parteien ausnahmslos verfallen, nur den proletarischen Parteien und besonders bei der härtesten Sozialdemokratie. Dasselbe gilt von den Gewerkschaften. Daraus ergibt sich ein inniges Zusammenarbeiten der drei großen Zweige der modernen Arbeiterbewegung. Die Konsumvereinsbewegung ist eine der drei Waffen zur Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher Abhängigkeit. Und hier kommt die internationale Bedeutung. Der Kapitalismus kann nicht bloß in einem Lande besiegt werden, sondern er im andern bestehen bleibt, sondern er muß in allen Ländern besiegt werden. Darum nicht bloß die Forderung der politischen und gewerkschaftlichen, sondern auch der genossenschaftlichen Arbeiterbewegung. Alle Proletarier und Arbeiter müssen Mitglieder der Konsumvereine werden!

Der Vortrag fand lebhaftest Zustimmung. Von einer Kundgebung wurde abgesehen. Im Bürgergarten in Löbtau sprach Genosse Tempel über die Bedeutung des sinnlosen Wahren der privatrechtlichen Wirtschaft.

Wirtschaftsordnung und stellte den gemeinwirtschaftlichen Aufbau der Konsumvereine im Gegensatz dazu. Er schilderte die Entwicklung der Genossenschaften, denen anfangs sogar Führer der Arbeiterbewegung abwartend und zweifelnd gegenüberstanden. Trotzdem haben sie sich stetig entwickelt, ihre Aufwärtsbewegung wurde dann mächtig gefördert durch die Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und dann durch den Beschluß des Gewerkschaftskongresses von 1906 in Köln, der die Genossenschaftsbewegung als einen der Mittel zur Befreiung der schaffenden Bevölkerung von der kapitalistischen Ausbeutung ausdrücklich anerkannte.

Nach dem Rückblick auf die Vergangenheit zeigte der Redner die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft auf dem Gebiete der Eigenproduktion, auf dem die englische Genossenschaftsbewegung vorbildlich vorangegangen ist. Dort wird fast jeder Gegenstand in eigenen Betrieben hergestellt. Technisch liegen die Verhältnisse in der Schweiz, in Schweden und Norwegen. Nur in Frankreich und in Italien ist die Bewegung ins Stadium gekommen infolge der Zersplitterung der Arbeiterbewegung, die auch ins Genossenschaftswesen hineingetragen worden ist. Uns muß das eine Warnung sein. Die Einheit der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung der Arbeiterklasse muß unter allen Umständen erreicht und erhalten bleiben!

In den Anmerkungen sprach Sekretär Gessert, im Sächsischen Hof in Freital Sekretär Schiller und im Volkshaus in Pirna Generalsekretär Starke. Die Versammlung in Hamms Hotel, in der der Geschäftsführer des Konsumvereins vorwärts zu Dresden, Kloppe, sprechen sollte, mußte ausfallen, da überaus viele der Weg zum Ort nicht gehen konnten. Alle Redner sprachen im gleichen Sinne der beiden hier kurz wiedergegebenen Reden. In allen Versammlungen wurde eine gleichlautende Entschließung angenommen, in der die Versammelten sich mit den Genossenschaften der ganzen Welt einig in dem Bestreben, die kapitalistische Gemeinwirtschaft durch eine genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft zu ersetzen. Und weiter heißt es: Die Versammelten sind sich aber darüber klar, daß diese Umwandlung nicht von heute auf morgen erfolgen wird und kann, sondern nur durch ständige, eifrigere, nie erlahmende Arbeit im Dienste der genossenschaftlichen Idee sein kann. Die Genossenschaften können auch nicht allein, sondern nur in inniger Zusammenarbeit mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse und Beamten diese ungeheure Aufgabe lösen. Sie erwarten aber von den genannten Organisationen eifrigste Arbeit und Unterstützung der Genossenschaften für die genossenschaftlichen Ideen und die moralische und wenn möglich auch finanzielle Unterstützung der genossenschaftlichen Organisationen. Insbesondere erwarten aber die Versammelten, daß die Frauen, die leider am meisten unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden haben, sich mehr als bisher in den Dienst der Genossenschaften stellen und praktisch mitarbeiten. Von den Reichs- und Landesbehörden erwarten die Versammelten die größtmögliche Förderung ihrer Bestrebungen und im besonderen die Vertiefung der Konsumvereine von der die minderbemittelte Verbraucher-Schicht schwer belastenden Umstände her. Sie fordern ferner die Anerkennung der Verbraucher-Form als einzig berechtigte Vertretung der organisierten Verbraucher. Zum Schluß verpflichteten sich die Versammelten, zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit für die Genossenschaft werbend und aufklärend tätig zu sein.

**Aus dem Parteileben**  
Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteimitglieder. Die Arbeit wird nochmals auf den am Dienstag, abends 7 Uhr, im großen Saale des Volkshauses stattfindenden Lichtbildvortrag: Die Reichsberufung hingewiesen. Außerdem hält im Anschluß daran Genosse Wehde einen Vortrag über: Die Aufgaben der Arbeitgemeinschaft. Der Vorstand erwartet eine gute Beteiligung. Zutritt haben nur Parteimitglieder! — Am Donnerstag den 12. Juli findet Vertrauensmännerziehung statt. Parteimitglieder, die als Vertrauensmänner positive Arbeit leisten wollen, sind herzlich willkommen. — Am 10. Juli, abends 8 Uhr, spricht in unserer Arbeitgemeinschaft Wirtschaftsminister Genosse Sellisch über: Der Beamte im neuen Staat!

**4. Unterbezirk**  
Betriebsvertrauensmänner Dresden-Neustadt. In der Versammlung am 4. Juli im Jugendheim, Capellenstraße, sprach an Stelle des Genossen Sander der Genosse Krüger über: Der proletarische Selbstschutz in Groß-Dresden. — Das Referat löste eine lebhafteste Ausbeutung unter den Anwesenden aus. Genosse Krüger sagte in seinem Schlußwort die hierbei herbeigebrachten neuen Momente aufzusuchen und versprach, dieselben bei weiteren Verhandlungen in geeigneter Weise zu berücksichtigen. Die bisherige provisorische Leitung des Betriebsvertrauensmännerkörpers wurde zu einem sechsstelligen Ausschuss ausgearbeitet. Gewählt wurden die Genossen Vane, Weber, Zank, Deme, Herrmann und Reichen. Bei späteren Versammlungen soll die Saalkontrolle von derjenigen Ortsgruppe gestellt werden, in deren Bezirk das Versammlungsgelände liegt. Als Versammlungstag wird einstimmig der erste Mittwoch eines jeden Monats auch für die Zukunft festgehalten.

**Betriebsvertrauensmänner und Parteifunktionäre der Holzindustrie.** Heute Montag, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Versammlung in der Kamenstraße. Vortrag des Genossen Marx über: Zahlreiches Erscheinen der Vertrauensmänner und Parteifunktionäre wird erwartet. Parteimitglieder, die Lust haben, den Posten eines Betriebsvertrauensmannes zu übernehmen, sind hierzu eingeladen. — Die Vertrauensmitglieder der Bezirke Kadobau und Kötzschendorf werden gebeten, bereits Punkt 7 Uhr zu einer Sitzung zu erscheinen.

**Kindererziehungskommission Trachenberg.** Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, Stellen der Kinder auf dem Subertusplatz.  
Bezirk Trachenberg, Frauen. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Bergheimnütz Frauenabend. Genossin Kübler spricht über: Meine Tätigkeit als Geschworene. Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
Vielchen, Frauengruppe. Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Richter, Ede Wohn- und Anstaltsstraße, Disziplinsonabend. Vollzählig erscheinen. Lieberbühler mitbringen.

**Kadobau, Frauengruppe.** Morgen Dienstag, 8 Uhr, in der Schanz Ede Frauenabend mit Vortrag des Genossen Professors Dr. Schumann. Alle Genossinnen haben die Pflicht, zu erscheinen. Gäste willkommen.

**5. Unterbezirk**  
Koffraundichtung Freitag den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Nummer 1. Wichtige Tagesordnung. Alle Gruppen müssen vertreten sein.  
Kindererziehungskommission Kadobau/Bezirk der Arbeiterwohlfahrt (ausgeschlossen). Mittwoch Spielen im Freien. Abfahrt: Stellen 2 1/2 Uhr am Schützenplatz und 2 1/2 Uhr am Sternplatz. Johannstadt: Stellen 2 1/2 Uhr am Därrer- und Sebnitzer Platz.

**6. Unterbezirk**  
Strießen, Jungsozialisten. Dienstag den 10. Juli Diskussionsabend über den Jugendvortrag Die Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr.  
Grana, Sebnitz, Kreis, Proleten. Frauenabend Mittwoch den 11. Juli, 7 1/2 Uhr, im Restaurant Gaudold, Ede Bodenbacher und Diebstädter Straße. Vortrag des Genossen Lehrers Beckel: Die Seele des Kind 6. Gäste willkommen.  
Gruppe Costa. Dienstag den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof Costa wichtige Mitgliederversammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz. Genosse Grube. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Parteibuch mitbringen.

## Bereits- und Versammlungs-Kalender

**Dresden, Kötzschendorf u. Umg.** Heute Montag, den 9. Juli, 8 Uhr abends, findet im Jugendheim der Kötzschendorfer Straße ein Vortrag des Genossen Tempel über: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Befreiung der Arbeiterklasse. Freie Hausarbeit.  
**Freital, Kadobau, Kötzschendorf, Trachenberg.** Dienstag den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Nummer 7, Mitgliederwahlversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.  
**Freital, Kadobau, Kötzschendorf, Trachenberg.** Dienstag den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Kötzschendorf, Frauenabend. Vortrag des Genossen Tempel über: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Befreiung der Arbeiterklasse. Freie Hausarbeit.  
**Freital, Kadobau, Kötzschendorf, Trachenberg.** Dienstag den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Kötzschendorf, Frauenabend. Vortrag des Genossen Tempel über: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Befreiung der Arbeiterklasse. Freie Hausarbeit.  
**Freital, Kadobau, Kötzschendorf, Trachenberg.** Dienstag den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Kötzschendorf, Frauenabend. Vortrag des Genossen Tempel über: Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Befreiung der Arbeiterklasse. Freie Hausarbeit.

**Flänscher Grund und Umgegend.** Morgen Dienstag, abends 7 Uhr, Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter aus den Gemeinden, die vom Elektrizitätswerk Freital Strom beziehen. Jede Gemeinde muß vertreten sein. Lokal: Rathaus Freital-Döhlen Sitzungssaal.  
**Bezirk Kadobau und Umgegend.** Heute Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Sängerkreis Konferenz der Betriebsräte.  
**Kadobau, Frauengruppe.** Dienstag den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Sängerkreis Kadobau Frauenabend. Genosse Lehrer Rüge spricht über den neuen Reichslohnbescheid. Anschließend Erleuchtung örtlicher Angelegenheiten. Genossinnen, erscheinen zahlreich. (Der August-Frauenabend fällt aus.)  
**Größhau.** Mittwoch den 11. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Größhau Frauenabend. Rezitationen des Genossen Schenkel. Zahlreiche Beteiligung der Frauen dringend erwünscht. Gäste herzlich willkommen.

## Gewerkschaftsbewegung

**„Wertbeständige Löhne“**  
Darüber spricht in einer für nächsten Mittwoch den 11. Juli, abends 6 1/2 Uhr, nach dem Kristallpalast, Schäferstraße, vom Ortsausschuß Dresden des A. D. G. B. einberufenen Versammlung das Mitglied des Bundesvorstandes des A. D. G. B., Genosse Kusil, Berlin.  
Wir machen die Vertrauensleute der Gewerkschaften auf diese Versammlung besonders aufmerksam.  
Als Aufwies gilt lediglich das Verhandlungsmitglied in Verbindung mit Betriebsräteakte und Vertrauensmännerabend.

## Reichsarbeiterlöhne und Beamtengehälter

Am Freitag und Sonnabend verhandelten die Spitzenorganisationen mit dem Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Bezüge für Beamte und Arbeiter. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen werden die Gehälter und Löhne ab 1. Juni um 80 Prozent erhöht. Die Löhne der Arbeiter in der Ortsklasse A betragen ab 1. Juni pro Stunde wie folgt: In der Lohngruppe

I	II	III	IV	V	VI	VII
8.640 M.	8.424 M.	8.208 M.	7.992 M.	7.776 M.	7.560 M.	7.344 M.

Die Spannung in den Ortsklassen beträgt für männliche ab 1. Juli 162 M., für weibliche Arbeiter 111 M. In diesen Beträgen treten in den Orten, für die ein Ortslohnzuschlag besteht, die Ortslohnzuschläge.  
Der Frauen- und Kinderzuschlag ist von 300 M. auf 500 M. für die Stunde erhöht worden. Die Ortslohnzuschläge über 45 Prozent wurden um 8 Prozent abgebaut. Der höchste Ortslohnzuschlag beträgt 60 Prozent.  
Der Steuerzuschlag zu den Grundbegehren der Beamten (Schalt- und Ortszuschlag) wurde von 87 Prozent auf 237 Prozent, der Frauenzuschlag von 64.000 M. auf 168.000 M. für den Monat erhöht. Die Ortslohnzuschläge für Beamte wurden in der gleichen Höhe wie die der Arbeiter abgebaut. Die Besoldungsanlage im besetzten Gebiet ist von 80.000 M. auf 144.000 M. für den Monat, die Kinderzulage von 16.000 M. auf 28.000 M. erhöht worden. Der Hauptzuschuss des Reichstages hat der Regierung bereits die Ermächtigung zur Auszahlung der vereinbarten neuen Gehalts- und Lohnbezüge erteilt.

Im Reichsfinanzministerium fand am Freitag eine Besprechung mit den Länderregierungen über die Frage der örtlichen Sonderzuschläge an Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen statt. Da die Behandlung der Frage für das ganze Reichsgebiet längere Zeit erfordert, aber die Regelung im besetzten und Einbruchgebiet sowie den angrenzenden Gebieten möglich bald erfolgen muß, sollen zunächst die letztgenannten Gebiete vorweg behandelt werden. Im Anschluß hieran soll alsbald die Frage der örtlichen Sonderzuschläge für die übrigen Reichsgebiete erneut geprüft werden. Die Prüfung soll im Besonderen darauf erstrecken, inwiefern sich die Unterschiede in der Sonderzuschläge in den einzelnen Orten, die durch die örtlichen Sonderzuschläge entstanden sind, sei es durch eine Ausdehnung des Areals der Orte, ausgleichen lassen.

Der Arbeitermarkt in Dresden hat sich nach einem Verzicht des Oeffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 9. Juni bis 6. Juli etwas gebessert. Namentlich nach Bauhandwerkern gestaltete sich die Nachfrage sehr lebhaft, so daß Maurer, Stuckateure, Steinmeger und Fliesenleger fast sämtlich in Arbeit stehen. Auch der Bedarf an arbeitslosen Zimmerleuten hat abgenommen, während im Holzgewerbe trotz der besseren Witterungsverhältnisse der Zugang größer war als der Abgang. In den industriellen Betrieben war für Tabak- und Kartonagenarbeiterinnen sowie von den Konferenzfabriken der Stelleneingangs befriedigend. Die Metallindustrie zeigte nur geringen Bedarf an neuen Arbeitkräften; im Holzgewerbe beschränkte sich die lebhafteste Nachfrage in der Hauptsache auf gute Tischler. Für Transportarbeiter liegen die Arbeitsmöglichkeiten beträchtlich noch, da wegen der Anfang Juli eingetretenen Lieferstörungen der Verkehrsanstalten die Aufgabe gering war. Einen gewissen Ansehens boten die Ausschreibungen zum Aufbau der Vogelweide. Im Holzgewerbe ist infolge der guten Witterung und dadurch erhöhten Nachfrage an Garten- und Saisonbetrieben Mangel an auskömmlich hoch- und weiblühendem Personal entstanden. Auch zur Besetzung der von der Landwirtschaft getriebenen Stellen fehlt es an geeigneten jüngeren Arbeitskräften.  
Die Mitglieder der Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Techniker werden hierdurch zu der gemeinsam mit den Arbeitgenossenschaften der sozialdemokratischen Arbeiter und Beamten veranstalteten Versammlung Dienstag den 10. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus eingeladen. Tagesordnung: 1. Lichtbildvortrag über: Die Reichsberufung. 2. Vortrag des Genossen Tempel über: Die Aufgaben der Arbeitgemeinschaften. 3. Bericht über den Stand der Organisation. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

**Bereitsate Dresdner Arbeiterjugend**  
Bezirk Pieschitz. Dienstag den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in der Schule: Mitgliederversammlung. Vgl. Vortrag des Genossen Rehak über: Kennzeichen über Grundfragen des Marxismus.

